



**INHALT**

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ...3-5

**TITEL**

Integrationsdebatte: Wie man Schlagzeilen macht	Klaus Will	6
»Schweinefresser«	Jörg Lau	9
»Deutschenfeindlichkeit«	Yasemin Shoomann	11

**SCHULE**

Die Nebenwirkungen überwiegen	Uwe Fischer	12
Ohren und Bärte, aber keine Tränen	Stefan Dornbach	13

**INTERNATIONALES**

New Yorks machtvolle Lehrgewerkschaft	Cornelia Grindt	14
---------------------------------------	-----------------	----

**SENIORITA**

Burkhard Rösner: In Würde alt werden	D. Haase / K. Will	17
Was mache ich bloß den ganzen Tag?	Hermann Mildner	19
Kurzmeldungen		20

**GEWERKSCHAFT**

Spannende Themen, knappe Beschlüsse	Sigrid Baumgardt	22
Klaus Büscher: Ein Urgestein tritt ab	Udo Jeschal	24
Wahltermine der innergewerkschaftlichen Wahlen		25

**HOCHSCHULE**

Chance vertan	Rainer Hansel / Matthias Jähne	26
---------------	--------------------------------	----

**RECHT & TARIF**

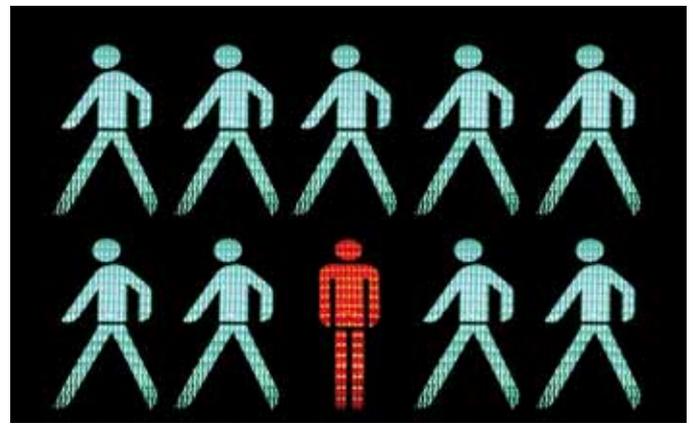
Der neue Tarifvertrag	Udo Mertens	28
Kurzmeldungen		29

**BÜCHER**

Wie man schneller liest	Sigrid Baumgardt	30
Gegen den Zensurenstachel	Manfred Triebe	30

**SERVICE**

Theater und Schule   Fortbildung   Materialien		32
--	--	----



6 **TITEL** Über die Probleme der Einwanderungsgesellschaft Deutschland wird immer heftiger gestritten. Wir berichten über die LAMA-Tagung zur »sogenannten Deutschenfeindlichkeit«, die Teil der Auseinandersetzung war und ist.



14 **INTERNATIONALES** New Yorks machtvolle LehrgewerkschaftInnen stehen fest zusammen, unterstützen sich gegenseitig und haben einen engen Kontakt in die Schulen hinein – und das in jedem Stadtteil, zu jeder Schule, mal mit oder mal gegen die Schulleitungen. Sie sind immer für die Kolleginnen da. Sie sind bunt, engagiert und optimistisch – auch wenn es gerade schwerfällt ...



26 **HOCHSCHULE** Die seit 13 Jahren bestehende Möglichkeit, viele Paragraphen des Hochschulgesetzes durch die Erprobungsklausel auszuhebeln, bleibt im Entwurf des neuen Hochschulgesetzes weiterhin bestehen. Und die Hochschulen werden eingeladen, die unvergleichlich billigen Lehrbeauftragten rechtlich risikolos prekär zu beschäftigen.

**IMPRESSUM**

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).  
 Redaktion: Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordination, Foto- und Schlussredak-

tion), Richardo Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne  
 Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de  
 Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.  
 Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009

Satz, Layout und Konzept:  
 bleifrei Texte + Grafik / Claudia Sikora / Jürgen Brauweiler  
 Prinzzensinenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de  
 Druck: Bloch & Co, Prinzzensinenstr. 26, 10969 Berlin  
 ISSN 0944-3207

12/2010: 22.200

## LEUTE

**Eleonore Kujawa** ist 80! Die ehemalige Vorsitzende der GEW BERLIN (1974-1977) wurde Anfang November 80 Jahre alt. Sie feierte ihren runden Geburtstag fünf Tage lang mit WeggefährtInnen, FreundInnen und Familie. Zu den GratulantInnen gehörte selbstverständlich auch die GEW BERLIN. Schließlich war Eleonore 1974 nicht nur die erste Frau an der Spitze der GEW, sondern die erste Frau an der Spitze einer DGB-Gewerkschaft überhaupt. Wir wünschen ihr noch viele muntere Jahre und wollen sie gern immer mal wieder in der Ahornstraße zu Gesicht bekommen. Machs gut, Lore!

**Knut Nevermann** (SPD) ist neuer Staatssekretär in der Senatsbildungsverwaltung als Nachfolger von Hans-Gerhard Husung. Der 66-jährige Nevermann ist Jurist und hat am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin gearbeitet. In dieser Zeit entstand auch sein für die GEW BERLIN geschriebener Kommentar der Berliner Schulverfassung. 1986 ging er als Leiter der dortigen Lehrerfortbildung nach Nordrhein-Westfalen, danach als Staatsrat nach Hamburg. Er war von 1998 bis 2006 Abteilungsleiter beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dann bis 2009 Staatssekretär im sächsischen Wissenschaftsministerium.

**Christian Walther** (54) ist neuer Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Der Berliner hat in Berlin und Bonn Politikwissenschaft studiert und sein Studium 1982 mit dem Diplom am Otto-Suhr-Institut abgeschlossen. Vielen ist Christian Walther vor allem als Reporter der RBB-Abendschau bekannt.

**Kadri Eved Tezcan**, türkischer Botschafter in Wien, hat mit seinen Äußerungen zur österreichischen Integrationspolitik für Aufregung gesorgt: »Es gibt Schulen, in denen türkische Kinder mit 60, 70 Prozent die Mehrheit stellen. Warum? Weil sie in Gettos leben. Türkische Migrantenfamilien werden in Wien in immer dieselben Wohngebieten gesteckt – und dann wirft man ihnen Gettobildung vor«, sagte Tezcan. Eine Reaktion des türkischen Botschafters in Berlin liegt noch nicht vor. ■



FOTO: KAT RESCHELMANN

## Jetzt ist der Weihnachtsmann gar nicht mehr weit

### oder über die Realität vieler Berliner Kinder

von Sigrid Baumgardt, blz-Redaktion

**K**inderarmut: Berlin ist trauriger Spitzenreiter. 2009 lag der Anteil an Sozialgeld-EmpfängerInnen unter 15 Jahren bei über einem Drittel, in sozialen Brennpunkten liegt er deutlich höher. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden liegt im Bundesdurchschnitt bei etwa 40 Prozent, dicht gefolgt von Familien mit mehr als drei Kindern. Armut ist längst kein Einzelschicksal mehr, sondern trifft in »Ganzdeutschland« 11,5 Millionen Menschen und damit etwa 15 Prozent der Bevölkerung, bei den 19- bis 25-Jährigen sind sogar ein Viertel davon betroffen.

Auch wenn Armut primär den Mangel an lebenswichtigen Gütern wie Nahrung, Kleidung, Wohnraum meint, so ist sie darüber hinaus ein soziales Phänomen. Die Armutsbetroffenen sind und fühlen sich ausgeschlossen. Sie können nur wenig für sich entscheiden, sind damit weitgehend ihrer Selbstbestimmung beraubt, isolieren sich, werden isoliert und stigmatisiert, reagieren mit Beschämung, werden depressiv. Viele kämpfen zum Glück trotzdem mit viel Einsatz für ihre Kinder und für deren Beteiligung an einem scheinbar »normalen« Leben.

Kinder spüren, welche Rolle die Gesellschaft ihnen und ihren Familien zugeacht hat. Sie sehen häufig keinen Ausweg und nehmen ihre Vorbilder an und das eben auch und gerade zur Weihnachtszeit. Die Stadt ist überfüllt mit leuchtenden Christbäumen und zahllosen Weihnachtsmännern, die Schau Fenster sind voll mit Geschenken. Und sie, die häufig nicht genug für ein regelmäßiges Frühstück oder eine warme Mahlzeit haben, wissen, dass sie nicht viel vom Weihnachtsmann erwarten können.

Das Europäische Jahr 2010 sollte das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut stärken und die Wahrnehmung

für deren Ursachen und Auswirkungen schärfen. Motti waren: »Jedes Kind ist wichtig – Entwicklungschancen verbessern« und »Integration und Teilhabe – Selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen.« 2010 ist fast vorbei – ist da wirklich was passiert? In Deutschland wird die Kindergelderhöhung von 20 Euro auf die Sozialleistungen angerechnet und die gewährte 5 Euro Erhöhung auf den Hartz IV Satz von zynischen Bemerkungen darüber begleitet, was Mensch zum Leben wirklich braucht. Das ist die Realität unseres Sozialstaates. Wäre es da nicht sinnvoller, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen, ein investitionsfreudigeres Klima zu schaffen und damit Arbeitsplätze? Das liegt nicht in der Hand des einzelnen Bürgers, der einzelnen Bürgerin, sondern in der Hand derer, die politisch Verantwortung übernommen haben.

**W**as aber können wir tun, in dieser Wach so fröhlichen Zeit? Kinder müssen etwas bekommen, damit sie später, wenn sie groß sind, etwas weitergeben können – eine ganz einfache Erkenntnis und Voraussetzung. Sie müssen erfahren, dass sie etwas wert sind, sich etwas zutrauen können und selbst auch Freude geben. Und das leisten viele PädagogInnen in Kindergärten und Schulen. Die Zeit der Festlichkeit und Rituale ist angebrochen und egal, welcher Religion man folgt oder auch nicht, Kerzenlicht und Plätzchen, das Basteln kleiner Geschenke erfreuen jedes Kinderherz. Ist es für Eltern auch schwierig, manche dieser Rituale zu bedienen, so fühlen sich Kinder besonders auch unterstützt und gesehen durch Zuwendung, Aufmerksamkeit und Zeit. Auf diese Form der Unterstützung könnten und sollten sich alle besinnen. ■



**Alte Stärken:** Zur Demonstration am 17. November auf dem Alexanderplatz kamen 2.000 Lehrkräfte und forderten alternsgerechte Arbeitsbedingungen. (Siehe auch Seite 24)

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

### **Volkshochschulen gut und preiswert**

Die Volkshochschulen litten zwar an einem verstaubten Image, ihre Kurse seien aber meistens die günstigsten, lobte Christina Engel von der Stiftung Warentest. Quer durch die Tests lieferten sie immer wieder gute Ergebnisse zu kleinen Preisen. Sie würden modernen Unterricht machen, hätten gut ausgebildete Lehrkräfte und könnten durchaus mit privaten und teuren Anbietern mithalten. Nachteile seien allenfalls die hohen Teilnehmerzahlen und der weniger gute Service, erklärte Engel im Interview mit dem *Tagesspiegel*.

### **Extrawurst für Gymnasien**

Die Verkürzung des Abiturs auf zwölf Jahre hat offenbar das Expressabitur hinfällig gemacht. Bildungssenator Zöllner hat sich deswegen eine exquisite Lösung für die SchülerInnen in den sogenannten Schnellläuferklassen ausgedacht: das Gymnasium im Gymnasium. Die Schnellläufergymnasien können jetzt wählen: Sie können eine Klasse einrichten, um, gemäß ihrem Schwerpunkt, hochbegabte SchülerInnen gezielt zu fördern. Oder die Schnellerner erhalten nur noch einen Teil der nach der Stundentafel vorgesehenen Wochenstunden und bekommen stattdessen zusätzliche anspruchsvolle Angebote. Die Vorsitzende

der GEW BERLIN, Rose-Marie Seggelke, gegenüber der Presse: »Auf der einen Seite richtet Herr Zöllner die Integrierte Sekundarschule ein, die SchülerInnen mit Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialempfehlung aufnehmen soll. Von den Lehrkräften wird ein hohes Maß von Binnendifferenzierung und individueller Förderung erwartet. Für das Gymnasium soll das aber nicht gelten – Hochbegabte werden in Spezialklassen unterrichtet. Die immer wieder erhobene Forderung nach Binnendifferenzierung wird still und leise unter den Tisch gekehrt. Deshalb sagen wir: Was der ISS abverlangt wird, sollte auch für die Gymnasien gelten.«

### **Volksbegehren Grundschule ist erfolgreich**

Bis Mitte November hatte das auch von der GEW unterstützte Grundschul-Volksbegehren schon 23.500 Unterschriften gesammelt. Damit war noch vor Ablauf der Frist Ende November die nötige Stimmenanzahl erreicht. In dem Volksbegehren geht es um die Hortbetreuung an Grundschulen. Kernforderungen sind, dass der Schulhort allen Fünft- und Sechstklässlern ohne die bisher übliche Bedarfsprüfung offen steht und die Gruppengrößen von 22 auf 16 Kinder pro Gruppe gesenkt werden.

### **Heinrich-Zille-Grundschule gewinnt Preis für Integration**

Die Grundschule in Kreuzberg hat den mit 3.000 Euro dotierten »Jacob-Muth-Preis für inklusive Schule« gewonnen. In dem Glückwunschsreiben der GEW BERLIN an die Schule heißt es: »Ihr seid ein Paradebeispiel, dass die inklusive Schule möglich ist. Für euch ist es keine Frage mehr, dass Kinder mit sehr unterschiedlichen Begabungen gemeinsam lernen. Wir hoffen, dass andere KollegInnen bei euch gucken kommen, wie inklusive Schule geht und dass ihr ihnen dadurch Mut macht. Ihr seid jetzt nicht nur eine Leuchtturmschule, sondern eine zu recht ausgezeichnete Leuchtturmschule.«

### **DGB-Jugend gegen SchülerInnenbefragung**

Ein sofortiges Ende der im November gestarteten Befragungen an Berliner Schulen durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen hat die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg gefordert. Es sei unklar, wer der Auftraggeber sei und welche Ziele die Befragung verfolge, außerdem seien die vorgesehenen Fragen zu lang und zu schwierig. Hinzu komme, dass die im Fragebogen zugesicherte Anonymität kaum gewährleistet ist, da mit den erfragten Angaben die Identität schnell ermittelt werden könne.

### **Irreführende Berichterstattung**

Es ist schon ein Kreuz mit den Medien. Was man sich bei der Berichterstattung über die Proteste gegen die französische Rentenreform geleistet hat, grenzt an Falschmeldung. Die von den französischen Gewerkschaften initiierten Aktionen kämpfen um den Erhalt des Renteneintritts mit 60 Jahren, hieß es in allen Medien. Das ist nur halb richtig: Nur langjährig Versicherte können in Frankreich nach 40 Beitragsjahren mit 60 Jahren Rente ohne Abschläge erhalten, für alle anderen liegt das gesetzliche Rentenalter bei 65 Jahren. Das ist vergleichbar mit den Regelungen, wie sie in Deutschland bis 2006 bestanden haben: Damals konnten langjährige Versicherte nach 35 Beitragsjahren mit 63 Jahren ohne Abschläge in die Rente gehen. Die französische Rentenreform orientiert sich daran, was in Deutschland schon durchgesetzt wurde – leider ohne große Proteste. ■

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

### Leute-Notiz über die Beethovenschule, Oktober-blz

Was bringt die BLZ dazu, unter der Rubrik »Leute« zu vermelden, die Beethovenschule habe sich die SchülerInnen für ihre Musikklasse laut Gerichtsbeschluss rechtswidrig ausgesucht? Wo liegt der Neuigkeitswert dieser Nachricht und wurde sie in der Schule gegen gecheckt? Antwort 1: Es gibt keinen, es sei denn, man glaubt, endlich eine Erklärung für die Attraktivität dieser Schule gefunden zu haben, die auf illegalen Machenschaften beruht. Antwort 2: Die Schule wurde dazu nicht befragt, sonst wäre schnell deutlich geworden, dass es sich um eine Einstweilige Anordnung ohne Prüfung in der Hauptsache handelt, die auf falschen Informationen beruht, der Schule aber eine Klasse mit 38 Kindern einbrachte. Über Letzteres könnte eine Bildungsgewerkschaft sich aufregen, wenn sie wollte, aber es handelt sich ja nur um ein Gymnasium und dann noch um ein renommiertes.

Ich kenne die Schule gut, ich kann euch sagen, wie sie es immer wieder schafft, die Hütte voll zu bekommen. Sie nimmt nur Kinder auf, die die Appassionata fließend spielen können, und wenn presto dasteht, wollen sie auch presto hören. Die Appassionata ist übrigens eine Klaviersonate von Beethoven und nicht die Pferdeshow aus der Deutschlandhalle. Dann tragen die Lehrer und Lehrerinnen, die alle jung oder schön sind, meist beides, wahlweise ein T-Shirt mit der Aufschrift »I love to entertain You!« oder »Follow me, I can help You!«, wobei der Großbuchstabe bei You dafür steht, dass alle SchülerInnen in ihrer Persönlichkeit ernst genommen werden und das Ausrufezeichen für die Nachhaltigkeit des Angebots. Die Schulleiterin verkörpert das Motto »molto vivace« auf das Herrlichste, wer sie einmal erlebt hat, kann sich gar nicht mehr vorstellen, an einer anderen Schule zu unterrichten. Sie stellt damit das krasse Gegenteil zu ihrem in den Berliner Machtstrukturen bestens vernetzten Vorgänger dar.

Es gab auch einmal einen Schüler mit türkischem Migrationshintergrund. Er war der Leadsänger der BigBand, wobei

die BigBand mit über 40 Mitgliedern selbstverständlich die größte Berlins ist. Die wenigen türkischen Mädchen sprechen sich jeden Tag ab, wer von ihnen ein Kopftuch trägt, damit ein Hauch von Neukölln durch die Schule weht. Der häufigste Elternberuf ist übrigens LehrerIn, fast alle GEW-Mitglieder, noch vor Zahnarzt und Rechtsanwalt, und vor einigen Jahren kam man nur mit Dokortitel in den Elternvorstand, das gilt jetzt nur noch für die Vorsitzende. Die Toilettenkabinen an der Beethovenschule sind alle in verschiedenen Pastellfarben gestrichen, das dient der Beruhigung und erklärt die angstfreie Atmosphäre, und die neue Mensa könnte auch der Frühstücksraum eines 5-Sterne-Hotels sein. Man braucht keine Gerichtsurteile, um die Attraktivität der Schule zu erklären, es genügt ein einfaches Hinsehen, und Neid ist völlig unangebracht, sie hat sich das alles selbst erarbeitet. *Wolfgang Harnischfeger*

### Bäreglosse, November-blz

Vor einigen Jahren verbrachte ich – nach mehreren faszinierenden Begegnungen mit Bären an einem langen Tag – den Abend in der Tok Lodge in Alaska. Ein Ranger erzählte mir bei seinem Feierabendbier, dass Stress und Verletzungen durch Bären in 98 Prozent aller Fälle nur beschränkt intelligenten und/oder furchtsamen Menschen widerfahren. Die Tok Lodge ist leider sieben Wochen nach meinem Aufenthalt komplett abgebrannt, aber der Satz des Rangers gilt wohl immer noch. Wenn ich, dem »Humor« des Hamburger Kollegen folgend, das Wort »Bären« im Satz des Rangers durch das Wort »Schulleiter« ersetze, komme ich zum (bereits beim Lesen der Glosse gefühlten) Schluss, dass die Glosse mehr über die »Bedrohten« als über die vermeintlichen »Raubtiere« aussagt, und wundere mich, dass sie ihren Platz in einer Publikation für bekanntermaßen intelligente und nicht ängstliche GewerkschafterInnen zum Zweck des Generierens von Frohsinn gefunden hat.

Als Ziel für die nächste lange Reise mit seiner Freundin Regina empfehle ich dem Hamburger Kollegen Hajo Kasten – zum weiteren Philosophieren über Analogien zwischen Tieren und Menschen – den South Alligator River im nordaustralischen Kakadu-Nationalpark. Dort habe ich an einem wunderschönen Morgen um halb sechs Krokodilherden beobachtet,

bei denen sich die kleineren Tiere gebissen haben, um bei den großen Chefs Eindruck zu schinden. Oder sollten wir die schrägen Tier-Analogien vielleicht lieber ganz bleiben lassen? *Werner Munk*

### Thema Schulinspektion, November-blz

Wie hoch mag der Elfenbeinturm wohl sein, auf dem Axel Friede, Leiter der Schulinspektion, sitzt? Offensichtlich mehrere Kilometer hoch, denn anders kann man sich seinen schwärmerischen Artikel über den Nutzen und Zweck der Schulinspektion nicht erklären. Die von ihm gepriesenen Schlagwörter der sogenannten Schulreform wie Vergleichsarbeiten, MSA, JüL, Inklusion, Schulprogrammarbeit, »eigenverantwortliche Schule« bedeuten für uns KollegInnen im Wesentlichen nur eins, nämlich einen riesigen Berg zusätzlicher Arbeit, mit dem wir ziemlich allein gelassen werden. Ob eine Schule gut oder weniger gut läuft, dafür braucht es kein Gremium, das mit wichtiger Miene durch das Schulgebäude schleicht nach dem Motto:

*Fortsetzung auf Seite 21*

### ÜBRIGENS

Viel Post, das heißt wenig Platz für den Bericht aus der Redaktion. Was soll's – dann fass ich mich kurz und in Zeiten knapper Ressourcen – unsere kulinarische Stärkung kam diesmal spät und sehr genau bemessen zur Schlussredaktionsitzung – bietet sich das ohnehin an.

Die öffentliche Debatte zum Thema Integration und die Rolle, die der GEW gegeben wurde, haben uns bewogen, das Thema noch einmal ins Zentrum zu stellen. Da es uns nicht gelingen wird, Medienberichte im Nachhinein richtigzustellen, dient unser Titel auch nicht der Rechtfertigung. Vielmehr wendet die Redaktion ihren Blick in Richtung Umgang mit dem Thema in der GEW und nutzt dafür auch externe Eindrücke.

So und nun zum festlichen Part: Die Redaktion wünscht allen eine schöne und erholsame, möglichst konfliktfreie Zeit zu Weihnachten und danach und für das kommende Jahr alles Gute. *Sigrid*

*Redaktionsschluss blz 1/2011: 26. November 2010*

*Redaktionsschluss blz 2/2011: 3. Januar 2011*



# Wie man Schlagzeilen macht

Der blz-Artikel »Deutschenfeindlichkeit in Schulen« erregt nationale Aufmerksamkeit

von Klaus Will, blz-Redaktion



FOTO: BLEIFREI/SIKORA

Klaus Will

Fast ein Jahr nach dem Erscheinen ist im Gefolge der Diskussion um Sarrazin ein Artikel wahrgenommen worden, den Christian Meyer und Andrea Posor über »Deutschenfeindlichkeit« an Schulen in sozialen Brennpunkten für die blz geschrieben haben. Von Spießrutenläufen auf dem Schulhof haben sie dort berichtet und von Beschimpfungen und Mobbing gegen die wenigen deutschstämmigen SchülerInnen. Den AutorInnen wurde in LeserInnenbriefen »simplifizierte und kulturrassistische Argumentation« und eine falsche Verwendung des Begriffs »Rassismus« vorgeworfen. Diese Reaktionen kamen vor allem von KollegInnen der Hoch-

schulen, KollegInnen der Schulen reagierten mit einer Ausnahme nicht. In diesem einen Brief wunderte sich der Kollege über die »Zaghaftigkeit«, mit der dieses Thema angesprochen wird.

Tatsächlich waren die AutorInnen im Originalartikel noch vorsichtiger. Dort wurde der Begriff »Deutschenfeindlichkeit« nur in Anführungszeichen verwendet und in einer Anmerkung darauf hingewiesen, der Begriff sei »schwierig und belastet« und man erhalte schnell Beifall von »rechtsorientierter Seite«. In einer weiteren Anmerkung erläuterten sie das »besondere terminologische Problem« des Begriffs »deutsche Schüler«. Aus Les-

barkeits- und Platzgründen hatte die Redaktion die Anmerkungen ebenso gestrichen wie den wissenschaftlichen Anmerkungsapparat.

**Die Diskussion geht weiter**

Evelin Lubig-Fohsel reagierte auf den Artikel in der Januar-blz 2010 mit ihren Ausführungen zur »Schule in der Einwanderungsgesellschaft«: Vor dem Hintergrund der Fremdzuschreibungen als »Ausländer«, »Türke«, »Araber« und der kulturellen Ausgrenzung entwickelten Jugendliche Strategien der Verächtlichmachung der Mehrheitsgesellschaft. »Scheißdeutscher« solle dem Mitschüler offenbar das Gefühl der Diskriminierung vermitteln, das der »Scheißtürke« bereits erfahren habe, schreibt sie. Und bei vielen Lehrkräften hätten Missverständnisse, fehlende Informationen über Einwanderungsprozesse und die aufreibende Arbeit in sozial schwierigen Quartieren zu Resignation und Abwehr geführt. Schule müsse aber der Entstehung von Ausgrenzungsdynamiken entgegenwirken, indem sich das pädagogische Personal die eigenen kulturalisierenden Muster bewusst mache und diese überwinde, forderte Lubig-Fohsel.

Danach war die Diskussion in der blz beendet – wohl aber ging sie im Landesausschuss multikulturelle Angelegenheiten (LAMA) weiter. Die AutorInnen stellten sich dort als Mitglieder des LAMA der Diskussion, die dazu führte, dass eine größere und öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema vorbereitet wurde. Diese Veranstaltung sollte am 2. Oktober mit dem Titel »Der Streit um die sogenannte Deutschenfeindlichkeit in Schulen« stattfinden und wurde in der September-blz mit einem kurzen Text angekündigt, der auch auf den Artikel von Posor/Meyer verwies.

**Die Medien greifen das Thema auf**

Damit kam dann die Presse ins Spiel, die inzwischen durch die Sarrazin-Diskussion sensibilisiert war für das Thema. Am 30. September erschien im *Tagesspiegel* ein ausführlicher Artikel von Susanne Vieth-Entus über die Veranstaltung und deren Anlass, den blz-Artikel. Dass dieser fast ein Jahr vorher erschienen war, wurde nicht erwähnt, wohl aber, wo der Artikel im Internet zu finden ist. Die Medien standen plötzlich Schlange. Ob Zeitungen, Rundfunk oder Fernsehen – alle wollten einen O-Ton von der GEW.

Tenor in vielen Medien »Wenn selbst die linke GEW schon drüber spricht ...«. Wobei man ahnen kann, wie es in den Parteien zugeht, wenn beispielsweise Heinz Buschkowsky (SPD) meint: »Es brodeln unter den Lehrern inzwischen wohl derart, dass selbst die GEW es nicht mehr unter dem Deckel halten kann.« (*Tagesspiegel* 5. Oktober) Oder CDU-Fraktionschef Frank Henkel gar froh darüber ist, »dass Lehrer die GEW gezwungen haben, darü-

ber eine Tagung zu machen.« (rbb, Klipp & Klar am 12. Oktober) Es wurde aber auch eingegangen auf die Diskussion selbst, die sich insbesondere am Begriff »Deutschenfeindlichkeit« entzündete. (Über die Tagung selbst berichtet Jörg Lau auf Seite 9) Das sei der falsche Begriff, da es nicht nur gegen deutsche MitschülerInnen gehe, sondern gegen alle, die anders sind, lautete die Hauptkritik. Sanem Kleff, Leiterin von »Schule ohne Rassismus«, fand laut einer dpa-Meldung »die ganze Debatte lächerlich, fast schon peinlich«, überall, wo es eine Mehrheitsgruppe gebe, gebe es die Tendenz, die Minderheit zu diskriminieren. Peter Sinram, Pressesprecher der GEW BERLIN, sagte dem Deutschlandradio, das Wort »Deutschenfeindlichkeit« sei falsch, es gehe es um Gruppen mit einem anderen kulturellen Hintergrund, die sich von der



Mehrheitsgesellschaft nicht anerkannt fühlten. Die GEW müsse dafür sorgen, dass der Begriff wieder verschwinde.

Auch die in den zahlreichen Presseartikeln zitierten Berliner Lehrkräfte und SchulleiterInnen waren mehrheitlich dieser Meinung. »Viele Berliner Lehrer sind erschrocken darüber, was für eine Debatte sie in der Stadt ausgelöst haben. Als Sarrazin-Partei-gänger wollen sie nicht gelten«, schreibt etwa die *Berliner Zeitung* am 8. Oktober. Regina Mönch von der *Frankfurter Allgemeinen* erklärte dagegen, dass man Intoleranz nicht mit wohlmeinender Toleranz belohnen dürfe, »sie ist zu ächten, wie der Rassismus, der jetzt niedlich zur »sogenannten Deutschenfeindlichkeit« herabgestuft werden soll«. (*FAZ* 15. Oktober)

**Diskutiert wird schon länger**

Über das Thema wurde in ähnlicher Form schon mehrmals in der blz geschrieben – die GEW musste also beileibe nicht gezwungen werden, sich damit zu beschäftigen. Hier einige Beispiele:

Michael Becker schrieb in der Juli/August-Ausgabe 2004 über die »Schwierigkeiten bei der Interpre-

- tation literarischer Werke in multikulturellen Schulklassen« unter dem Titel »Das Schweigen und andere Tabus«.

Christian Meyer und Gerhard Weil schrieben in der Oktober-blz 2004 über »Strategien und Argumente gegen nicht akzeptables Schülerverhalten«: »Standardklagen von Lehrkräften, ob an Grund- oder Oberschulen, werden über Verhaltensauffälligkeiten von Schülern mit muslimischem Hintergrund geführt, die vergleichbare Normabweichungen bei den Mitschülern deutscher Herkunft angeblich übertreffen. Die Frage der genervten Lehrerschaft, ob die Nichtakzeptanz deutscher Lehrkräfte, besonders der Lehrerinnen, vor allem von den muslimischen Jungen glaubensbedingt sei, kann pauschal nicht mit Ja beantwortet werden.«

In der Juni-Ausgabe 2006 schrieb Winfried Seiring zum Thema »Gewalttätige Jugendliche«: »Wir wissen, dass wir Zuwanderer brauchen, allerdings keine, die archaische Riten pflegen, das Gewaltmonopol des Staates boykottieren, das Leben nach demokratischen Werten mit ihren Ehrbegriffen für unvereinbar halten, deutsche Schüler als Schweinefleischfresser verachten, Mädchen als Huren und Schlampen diffamieren und den Koran über das Grundgesetz stellen. Kein Zweifel, dass auch die deutsche Gesellschaft daran erinnert werden muss, Bedingungen sowohl für Identitätswahrung als auch für die Integration der Zuwanderer gleichermaßen zu schaffen.«

### Was tun?

Die Landesdelegiertenversammlung hat beschlossen, dass die GEW den Begriff »Deutschenfeindlichkeit« ablehnt, weil er von Rechtspopulisten verwendet werde (siehe Kasten). Die Ablehnung des Begriffs ändert aber nichts an der Problemlage, die Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky beispielsweise folgendermaßen beschreibt: »Es gibt muslimische

Alle Fotos im Titelthema zeigen die LAMA-Tagung am 2. Oktober 2010.

FOTO: CHR. V. POLENTZ/TRANSIFOTO.DE



## GEGEN ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS

Die GEW BERLIN

- verurteilt den wachsenden antimuslimischen Rassismus.
- tritt ein für die positive und negative Religionsfreiheit, wie sie im Grundgesetz und in der Deklaration der Menschenrechte garantiert werden.
- lehnt die Verwendung des Begriffs Deutschenfeindlichkeit ab, der von Rechtspopulisten als Kampfbegriff gegen das Wort Ausländerfeindlichkeit erfunden wurde und die soziale Realität demagogisch verdreht.

Aktivitäten der GEW BERLIN: Die GEW BERLIN unterstützt aktiv politische Bündnisse, Initiativen und Aktivitäten gegen den antimuslimischen Rassismus. Sie öffnet den Diskussionsraum im Rahmen von Fachtagungen oder pädagogischen Abenden und bietet Unterstützung und Hilfe durch Fortbildungen zum Umgang mit den konkreten Problemen der Begegnung mit Rassismus und Ausgrenzung im Klassenzimmer und innerhalb der Schule an. Sie beauftragt den LAMA, in Zusammenarbeit mit Organisationen wie Schule ohne Rassismus, Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, dem Fachverband Ethik u.ä., geeignete Unterrichts- und Lernmaterialien zu entwickeln. Wir erklären uns solidarisch mit den Kolleginnen, die rassistisch und sexistisch angegriffen werden.

*Beschluss der Landesdelegiertenversammlung am 2./3. November 2010*

Eltern, die ihre Kinder auffordern, sich von deutschen Kindern fernzuhalten, weil die ganze Gesellschaft sündig sei. Außerdem gibt es immer mehr Koranschulen an Moscheen und in Hinterzimmern, in denen Kinder gedrillt werden«. (*Tagesspiegel* 5. Oktober).

Jörg Lau schreibt in seinem Artikel über die LAMA-Tagung (siehe Seite 9) etwas ironisch »Gewerkschafter sind nie lange verlegen, Rezepte gegen Benachteiligungen zu formulieren. Eine bessere Schule, ganztags und mit mehr Ausstattung, wurde dann auch gefordert, neue Unterrichtsformen, interreligiös ausgebildete Lehrer, eine größere soziale Mischung.« Lau weiß aber wohl selbst, dass es dazu keine Alternativen gibt.

Vielleicht hat die Diskussion über »Deutschenfeindlichkeit« eine ähnliche Wirkung wie seinerzeit der »Brandbrief« der Rütli-Schule und die Politik besinnt sich endlich auf die »Rezepte gegen Benachteiligungen« der Gewerkschaften: Mehr Geld in die Bildung! Das würde nicht nur den Schülerinnen helfen, sondern auch den dortigen Lehrkräften eine erträglichere Arbeitssituation verschaffen. Ein Aspekt, der leider in der Diskussion kaum eine Rolle spielte. ■

# »Schweinefresser«

Was tun, wenn Migrantenkinder deutsche Mitschüler unterdrücken?

von Jörg Lau, Redakteur der Zeitschrift »Die Zeit«

Es liegt ein Hauch von Panik in der Luft, als die Lehrerin endlich zu sprechen beginnt. Sie schluckt. Sie sagt: »Ich bekomme immer mehr Ehrfurcht und Respekt vor diesem Thema.« Dieses Thema, das ist die »sogenannte Deutschenfeindlichkeit« ihrer türkisch- und arabischstämmigen Schüler. Kein Wunder, dass die Lehrerin so beklommen ist. Nur zwei Straßen entfernt vom Tagungsort hetzt der Rechtspopulist Geert Wilders gegen Muslime, die angeblich Deutschland durch Masseneinwanderung unterwerfen wollen. Die Lehrerin, die ihr halbes Leben an einer Schule in Neukölln verbracht hat, will mit der politisierenden Islamophobie nichts zu tun haben. Dies hier ist eine Veranstaltung des multikulturellen Ausschusses der linken Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die Furcht, eine ohnehin schon hysterische Debatte noch weiter anzuheizen, füllt den Raum.

## Ideologische Bauchschmerzen

Zwei Mitglieder des GEW-Ausschusses für multikulturelle Angelegenheiten, Andrea Posor und Christian Meyer, hatten in einem Artikel für die Berliner Lehrerzeitung Alarm geschlagen, in den zunehmend segregierten Schulen verstärkte sich das Mobbing gegen deutsche Schüler. Dieser bereits vor einem Jahr erschienene Hilferuf löste so heftige Diskussionen unter den Lehrern aus, dass man sich, wenn auch unter großen ideologischen Bauchschmerzen, entschloss, eine Tagung zum Thema einzuberufen. Alles selbstverständlich hochseriös, abgesichert mit Rassismusexperten, Migrantenvertretern, Bildungsforschern. Zu groß ist die Angst, selbst unter Rassismusverdacht zu geraten.

Aber am Ende schaut dann eben alles auf diese Frau, die von der Pöbelelei berichtet, der deutsche Schüler – und Lehrer – ausgesetzt sind. Sie lehrt seit mehr als zwanzig Jahren an der Otto-Hahn-Gesamtschule im Stadtteil Neukölln und heißt Mechtild Unverzagt. »Ist ja irre, dass die auch noch diesen Nachnamen hat«, flachst ein Lehrerkollege in der hintersten Reihe vor lauter Anspannung. Dann redet Frau Unverzagt, und sofort wird es leise im vollen Tagungsraum des Berliner GEW-Hauses.

Sie spricht von »Ghettoisierungstendenzen« in Neukölln, einem sogenannten »A-Bezirk« (»A« für Alte, Arbeitslose, Ausländer, Alleinerziehende). An ihrer Schule seien über 80 Prozent der Kinder

»nichtdeutscher Herkunftssprache«, die große Mehrheit davon türkisch- oder arabischstämmig. Fast alle Familien seien arm, viele zerrüttet. Die türkischen und arabischen Schüler seien tonangebend in ihrer Respektlosigkeit gegenüber Lehrern. Sie bekämen dafür Anerkennung unter ihresgleichen und stärkten so ihr Selbstwertgefühl: »Wenn es bei uns mal sogenannten Unterricht gibt, erleben sie Misserfolge. Also tun sie alles, um ihn zu sabotieren.« Die deutschen Kinder hätten als kleine Minderheit »alle Qualitäten, die ein Opfer haben muss«. Sie müssten lernen, »sich unsichtbar zu machen«. Sie wollten während der Pausen nicht mehr auf den Schulhof, weil draußen nur ein Speißrutenlauf mit Beschimpfungen und Drohungen auf sie warte. Nicht nur deutsche, auch leistungsbereite türkische und arabische Schüler würden von den Wortführern niedergemacht. Ein türkischer Junge, der zu den guten Schülern zähle, werde als »schwul« beschimpft: »Jeder, der irgendwas erreichen will in der Schule, ist der Gegner. Es wird alles gemobbt, was anders ist.« Auch sie selber ist in demütigender und sexistischer Weise angegriffen worden.

Es dauert eine Weile, bis die Teilnehmer sich nach Unverzagts Schilderungen fangen. An diesem Samstagmorgen kann man erleben, wie schwer es manchen Linken immer noch fällt, offen von den Konflikten des Einwanderungslandes zu reden. Eine Professorin für Rassismusforschung versucht nachzuweisen, ►



► dass die »strukturell benachteiligten Schüler« türkischer oder arabischer Herkunft per definitionem nicht zum Rassismus fähig seien, weil sie ja eine machtlose Minderheit darstellten. Nach dem Bericht von Mechthild Unverzagt wirkt das einigermaßen bizarr. »Diese Kinder waren noch nie in einer Minderheitensituation«, erwidert die Lehrerin.

Vielleicht liegt ja darin das Problem. Christian Meyer, selber Lehrer an der Hector-Peterson-Gesamtschule in Kreuzberg und einer der beiden Autoren des Artikels, der die Debatte ins Rollen brachte, spricht von der »doppelten Segregationsfalle«: Nicht nur die Deutschen ziehen aus den »A-Bezirken« weg, sondern auch die bildungsbewussten Migranten. Die verbliebenen Schüler »kompensieren Frustrationen und Perspektivlosigkeit durch Macho-Gehabe«. Sie definierten sich stolz als Nichtdeutsche und blickten verachtend auf Deutsche als Ungläubige, »Schweinefleischfresser« und – wenn es sich um Mädchen handelt – »Schlampen«. Die trotzig Selbstausgrenzung von Losern, die sich an noch Schwächeren abarbeiten, ist für sich nichts Neues – nur dass die Schwächeren jetzt in manchen Berliner Kiezen Deutsche sind. Jagen nicht anderswo deutsche Rechtsradikale Juden, Linke und alles irgendwie Fremde?

Mancher bei der Tagung neigt dazu, die Sache allzu schnell wegzuerklären. Bei dem Verhalten der Jugendlichen müsse es sich wohl um die »Rückgabe erlebter eigener Diskriminierung« handeln, sagt ein Teilnehmer. Sofort sind Beispiele zur Hand, bei denen Mädchen mit Kopftüchern diskriminiert und arabische Jungs nicht in die Disco gelassen werden. Ein Teilnehmer fordert daraufhin mehr »Lehrer mit Migrationshintergrund«, andere verlangen eine Nachschulung der Pädagogen in »interkultureller Kompetenz«, ergänzt um die Möglichkeit für »ausgebrannte Kollegen, sich früh pensionieren zu lassen«. Und auf einmal wendet sich der Verdacht gegen die Lehrer, die von ihrer Ohnmacht erzählt hatten: Sind sie einfach zu wenig »kultursensibel«?

Christian Meyer lässt das nicht auf sich sitzen. Seit über 30 Jahren ist er an der Schule in Kreuzberg, und er hat einen »interkulturellen Kalender« produziert, der die Feste aller Religionen verzeichnet: »Wir haben Türkischunterricht, wir machen

Fahrten in die Türkei, Lehrer haben Türkisch gelernt. Gegen die Segregation kommen wir aber mit mehr Interkulturalität alleine nicht an.«

Meyer macht sich Sorgen, dass neuerdings die religiöse Differenz zunehmend zur Selbststigmatisierung benutzt wird. Und er möchte, dass gerade diejenigen verstehen, wie alarmierend das ist, die sich für die Integration des Islams einsetzen. Wenn die Religion zum Mittel der Abgrenzung wird, spielt das am Ende gerade denjenigen in die Hände, die sich darin einig sind, dass der Islam mit westlichen Werten unvereinbar sei: Hasspredigern und Islamophoben.

### Angst vor der eigenen Courage überwunden

Das Unbehagen, Deutsche als Opfer von Diskriminierung zu thematisieren, bleibt bei der Tagung bis zum Ende. Mechthild Unverzagt sagt schließlich fast reumütig, sie wolle den politisierten Begriff der Deutschenfeindlichkeit »nicht mehr hören«. Sie will sich nicht vor den Karren der Demagogen spannen lassen, die auch ohne Kenntnis der Verhältnisse per Ferndiagnose schon »den Islam« als Ursache ausgemacht haben. Aber sie möchte doch, dass man zur Kenntnis nimmt, dass ausgerechnet sie, die engagierte Lehrerin, den Hass der Verlierer abbekommt, der dieser Gesellschaft im Ganzen gilt.

Was tun? Gewerkschafter sind nie lange verlegen, Rezepte gegen Benachteiligung zu formulieren. Eine bessere Schule, ganztags und mit mehr Ausstattung, wurde dann auch gefordert, neue Unterrichtsformen, interreligiös ausgebildete Lehrer, eine größere soziale Mischung. Also genau das, was an der einst als hoffnungslos geltenden Rütli-Schule die Wende gebracht hat. »Es ist ein Verbrechen, wie das Potenzial dieser Kinder verschwendet wird«, sagte Mechthild Unverzagt, so als müsse sie noch einmal klarstellen, dass die Schüler nicht ihre Gegner sind. »Wir brauchen eine Lobby«, sagt sie fast flehend.

Für Lehrer wie Mechthild Unverzagt und Christian Meyer ist es wichtig, in der Öffentlichkeit Gehör zu finden. Sie fühlen sich alleingelassen. Sie brauchen keine Belehrung über die sozialen Ursachen des Mobbings, dem sie und andere ausgesetzt sind. Sie brauchen die Anerkennung, dass bestimmte Verhaltensweisen inakzeptabel sind, auch unter schlimmsten Bedingungen. Und so sind sie am Ende erleichtert, dass die Gewerkschaft die Angst vor der eigenen Courage überwunden hat.

Den Kampf mit der neu erstarkenden Rechten in Deutschland und Europa kann man auch so sehen: Wenn dieses Land eine Linke hat, die den öffentlichen Raum gegen jeden Rassismus verteidigt – auch den von Nichtdeutschen –, haben Rechtspopulisten ein Thema weniger. ■

*Wir bedanken uns beim Autor und beim Zeit-Verlag für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck aus der Zeitschrift »Die Zeit« vom 7. Oktober 2010.*



# »Deutschenfeindlichkeit«

## Zur problematischen Verwendung des Begriffs

von Yasemin Shooman, Landesausschuss Multikulturelle Angelegenheiten

Wer den Begriff »Deutschenfeindlichkeit« verwendet, sollte wissen, aus welcher politischen Richtung er propagiert wird: Im Februar 2008 brachte die rechtspopulistische Wählervereinigung BÜRGER IN WUT eine Petition in den Bundestag ein, um »deutschenfeindliche Äußerungen« als Volksverhetzung ahnden zu lassen. Unterstützt wurde diese Petition von dem Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche, der Ende 2006 aus der CDU ausgetreten ist, nachdem rechte Parolen von ihm bekannt wurden. Er hat mittlerweile eine eigene Wählervereinigung gegründet, die sich »Bündnis Familie Arbeit Vaterland« nennt. Wer die Webseite besucht, merkt schnell, was für eine politische Ausrichtung diese Wählervereinigung hat. So heißt es zum Staatsbürgerschaftsrecht u.a.: »Wir fordern die Abschaffung des Geburtsortsprinzips und dagegen das Abstammungsprinzip als einzige Möglichkeit des Erwerbs der Staatsbürgerschaft durch Geburt.«

Die Forderung nach einer Aufweichung des Volksverhetzungsparagrafen, dessen rechtspolitische Funktion in Deutschland insbesondere vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung des NS-Massenmordes an Juden sowie Sinti und Roma auf den Schutz von Minoritäten ausgerichtet ist, zieht eine Relativierung und Fehldeutung von Rassismus und Antisemitismus nach sich. Bei dem Versuch, »Deutschenfeindlichkeit« mit Rassismus gleichzusetzen, werden die Machtverhältnisse zwischen Mehrheitsbevölkerung und Minorisierten ausgeblendet. Denn diese sind keineswegs symmetrisch, sondern hierarchisch strukturiert. So können Angehörige des gesellschaftlich hegemonialen Bevölkerungsteils – in Deutschland also »weiße« Deutsche – zwar individuelle Ausgrenzungserfahrungen machen, sie sind jedoch keinem strukturellen Rassismus ausgesetzt, der beispielsweise auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt wirksam ist. Rassismus ist also immer an eine Machtposition gekoppelt. Die Frage von gesellschaftlicher Marginalisierung ist deshalb keine, die sich allein an der zahlenmäßigen Größe einer Gruppe festmachen ließe. Es kann durchaus sein, dass SchülerInnen mit »Migrationshintergrund« in einigen Schulen inzwischen die quantitative Mehrheit darstellen – auf der Seite der Lehrerschaft spiegelt sich diese Verteilung aber keinesfalls wider. Die Schule ist kein machtfreier Raum, denn es sind nun mal die LehrerInnen, die ihre SchülerInnen benoten und disziplinieren und nicht umgekehrt. Neben der Tatsache, dass der Begriff »Deutschenfeindlichkeit« ein Kampf-

begriff rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppierungen ist, um die »echten« Deutschen als Opfer ihrer Minderheiten darzustellen, gibt es noch weitere Aspekte, die seine Verwendung fragwürdig erscheinen lassen. Dass Übergriffe und Beleidigungen gegen »weiße« Deutsche nicht aus Schulen gemeldet werden, die von gutbürgerlichen SchülerInnen mit »Migrationshintergrund« besucht werden, deutet darauf hin, dass es sich um ein schichtspezifisches und damit soziales Phänomen handelt, dessen Ursachen nicht kulturalisiert werden sollten. Das beschriebene Mobbing richtet sich an den betreffenden Schulen den Berichten von LehrerInnen zufolge nämlich genauso gegen Jugendliche mit »Migrationshintergrund«, die als »Streber« gehänselt werden.

### Zugehörigkeitsverweigerung

Wenn Angehörige gesellschaftlich marginalisierter Gruppen durch »deutschenfeindliche« Äußerungen und Taten auffallen, stellt sich jedoch die Frage, inwiefern es sich hierbei um die Übernahme ethnizierender Zuschreibungen und die Rückgabe erlebter Diskriminierungen handelt. Die strukturelle Ausgrenzung, die solche Jugendlichen erfahren, tritt nicht zuletzt in der Verweigerung von Zugehörigkeit zutage. Wenn die Betroffenen von der Mehrheitsgesellschaft, deren Zuschreibungsmacht gegenüber Minderheiten nicht zu unterschätzen ist, ständig als »AusländerInnen« »MuslimInnen« oder »MigrantInnen« bezeichnet werden, ist eine daraus folgende Selbstethnisierung wenig verwunderlich, da ihnen andere Identitätsangebote nicht zur Verfügung stehen. Denn unsere Selbstverortung als Individuum hängt bekanntlich in hohem Maße auch davon ab, wie wir erleben, dass uns die anderen sehen.

Mit dem Begriff der »Deutschenfeindlichkeit« wird diese Form der Zugehörigkeitsverweigerung letztendlich fortgeschrieben – denn er besagt nichts anderes, als dass diejenigen, deren Verhalten mit diesem Begriff problematisiert werden soll, keine Deutschen sind und auch nicht sein können. Das Mobbing und die sozialen Konflikte, die unter dem Begriff »Deutschenfeindlichkeit« subsumiert werden, dürfen daher nicht isoliert betrachtet werden. Die Verwendung einer Begrifflichkeit, die eine ausgrenzende »Wir«-»Sie«-Logik zugrunde liegt, trägt zu einer Überwindung dieser Konflikte und dem Ziel einer diskriminierungsfreien Schule nichts bei. ■



FOTO: CHR. V. POLENZ / TRANSIFOTO.DE

Yasemin Shooman ist Doktorandin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und Mitglied im Landesausschuss für multikulturelle Angelegenheiten der GEW (LAMA). Sie war an der Organisation und Durchführung der GEW-Tagung »Der Streit um die sogenannte Deutschenfeindlichkeit« beteiligt.

# Die Nebenwirkungen überwiegen

Podiumsdiskussion zur Testerei mit Vera

von Uwe Fischer, Grundschule in sozialen Brennpunkten

Zum einen als Rückblick auf die letzten Vergleichsarbeiten mit ihren verheerenden Ergebnissen, zum anderen als Anstoß für die zukünftigen Tests und natürlich, um den Dialog mit der Senatsbildungsverwaltung zu suchen, veranstaltete die Initiative »Grundschulen in sozialen Brennpunkten« am 18. November 2010 eine Podiumsdiskussion.

Das Gespräch eröffnet Professor Dr. Wittmann, Mathematiker der TU Dortmund. Mit viel Verve und Lebhaftigkeit schilderte er seine Erfahrungen mit Vera, die er als »SMS Mathematik« bezeichnete. Auf seine Analyse, die er an die Kultusministerien schickte, bekam er gerade mal drei Antworten, wovon auch nur eine einzige sich ernsthaft und mit eigenen Worten damit auseinandersetzte. Worin für ihn schon ein Grundproblem zu erkennen war. Denn ohne Rückkopplung und Ernsthaftigkeit gegenüber den Praktikern im Alltag, den LehrerInnen, geht gar nichts. Im Sinne einer Qualitätsverbesserung plädierte er für Selbststeuerungsmodelle und zur Vernetzung benachbarter Schulen mit ähnlichen Ausgangsbedingungen. Statt Aktionismus forderte er weniger, aber dafür gut überlegte Reformen mit den Beteiligten. Leider verwechselten seiner Meinung nach Schulverwaltungen, die solche standardisierten Tests in Auftrag geben und für gut befinden, die »Qualität von Bildung« mit der »Qualität zur Produktion von Schrauben«.

## Empirie statt Ideologie

Christian-Magnus Ernst, Vertreter der Senatsbildungsverwaltung, eröffnete seinen Beitrag mit der Aussage, dass er den Forderungen von Professor Witt-

mann zustimmen würde, um im weiteren Verlauf das Gegenteil zum Ausdruck zu bringen. Auf Vera ging der Senatsvertreter mit kaum einer Silbe ein. Er und Prof. Dr. Petra Stanat, Leiterin des IQB, sahen sich beide in der Pflicht zu betonen, dass sie eigentlich nicht in einen Topf geworfen werden wollten, Verwaltung hier und Forschung da. Dennoch bezeichnete sie in ihrem Beitrag das Institut und den entsprechenden Auftrag als »politiknah«. Stanat störte es vor allem, dass es zum Thema Unterrichtsqualität »zu viel Ideologie« und zu wenig »Empirie« gibt. Genau hier sieht sie ihren Fokus »zur Stärkung einer Feedbackkultur«, die den LehrerInnen sagt, wo ihre Kinder stehen und wie sie diese besser fördern können.

Vera Vordenbäumen, Mitglied des Landeselternausschusses, legte den Finger sogleich in die Wunde und sprach von den personellen und materiellen Verschlechterungen, die ein gelingendes Lernen und Fördern erschweren. In diesem Zusammenhang erwähnte sie die Summe von 11,2 Millionen Euro für Qualitätsprüfungen. Das Geld fehle an anderen Stellen.

Den Abschluss der Podiumsrunde bildete Inge Hirschmann, Vorsitzende des Grundschulverbandes und Schulleiterin einer Schule im sozialen Brennpunkt. Mit erstaunlich ruhigen Worten, aber in der Aussage klar, formulierte sie »das Testen hilft uns nicht weiter«. Sie kritisierte massiv diese »Output-Orientierung«, während gleichzeitig niemand darüber spricht, was eingegeben wird, nämlich zu wenig. Außerdem bemängelte sie den zu kurz gefassten Qualitätsbegriff. Die Schulleiterin bezog sich auf die armutsbedingte Entwicklungsverzögerung ihrer Klientel und forderte, den

LehrerInnen mehr Zeit zu geben. Sie nahm für alle Beteiligten in Anspruch, »das Beste aus den Kindern heraussholen« zu wollen.

## Massive Kritik

Nun waren die bis dahin geduldig Zuhörenden an der Reihe. Bis auf eine Ausnahme gab es durchweg massive Kritik, zum Teil grundsätzlicher Art, von Wettbewerbsgläubigkeit über Rankinghysterie bis zu Scheinobjektivität war da die Rede, aber kritisiert wurde auch die Art und Weise der Konzeption. So berichtete ein Kollege von einem hoch motivierten und leistungsstarken türkischen Jungen, der wegen der Masse und der Sprachkomplexität der Mathematikaufgaben hinterher total frustriert war. Es fiel sogar das Wort »Schülermobbing«. In vielen Beiträgen wurde kritisiert, dass Vera Deutsch und Mathe weder alters- noch alltagsgerecht waren, schon gar nicht für die Kinder an den Brennpunktschulen. Infrage gestellt wurde auch der Testtermin, schließlich werden im Laufe der 3. Klasse Aufgaben aus den Rahmenplänen der Stufen 3/4 ausgewählt. Immer wieder gab es Kritik, dass die Ergebnisse nicht individuell verglichen würden mit den Voraussetzungen der Kinder bei Schuleintritt. Wenn aus den zu erwartenden und logisch nachvollziehbaren schlechteren Ergebnissen keine Konsequenzen gezogen würden, indem man Kinder verstärkt fördere, dann könne man sich die fragwürdige und aufwendige Testerei sparen. Beendet wurde der Abend von Professor Wittmann mit dem Fazit über Vera und ähnliche standardisierte Tests: »Die Nebenwirkungen überwiegen«

# Ohren und Bärte, aber keine Tränen

## Über den Einsatz von Smileys in den Grundschulen

von Stefan Dornbach, Sozialpädagoge

Findige Stempel- und Aufkleber-Produzenten haben ganze Arbeit geleistet: Der Smiley ist auch aus unseren Grundschulen nicht mehr wegzudenken. Er hat dort das Bienchen und andere verbildlichte Formen der Belobigung abgelöst und wird häufig als Ersatz für die in vielen Bundesländern in den ersten Jahrgangsstufen verpönten Zensuren eingesetzt. Die lachenden Gesichter sind bei den Kindern beliebt. Schnell entsteht in den Klassen ein reger Wettbewerb darum, wer die meisten Smileys in seinem Heft gesammelt hat.

Man könnte sich darüber freuen, dass somit das angestaubte Bienchen als Symbol des zwanghaften Fleißes vom Smiley als Ausdruck der Freude am Lernen ersetzt wurde. Aber diese Entwicklung birgt auch Risiken. Denn die VermarkterInnen der freudigen Gesichter gaben sich mit dem Lächeln nicht zufrieden. Sie bogen ihren Emoticons (so erklärt sie der Duden) die Mundwinkel nach unten und verdoppelten damit ihre Produktpalette. Der Smiley lernte das Traurigsein. In der Kombination entgegengesetzter Gefühle ersetzte er nun nicht mehr nur althergebrachte Lobeszeichen, sondern begründete an vielen Grundschulen ein komplettes Bewertungssystem für Verhalten und Leistungen.

Smiley-Blätter ersetzen inzwischen oft die in den ersten Klassen nicht mehr vorgesehenen Halbjahreszeugnisse. Meist werden der fröhliche und der traurige Smiley dabei mit einem neutralen ergänzt, welcher mit einem waagerechten Strich als Mund ausgestattet ist. Standards gibt es dabei aber nicht; jede Schule beziehungsweise wir als einzelne Fachkräfte müssen hier ein eigenes Bewertungssystem schaffen.

Der Einsatz von Smileys als Bewertungsmaßstab und damit Ersatz von Zensuren erscheint aus mehreren Gründen bedenklich. Zunächst widerspricht er dem pädagogischen Bestreben, in den ersten Schuljahren keine metrisch stan-

dardisierte Bewertung an die Kinder weiterzugeben. Zudem ist das meist in drei Stufen angewendete Smiley-System deutlich undifferenzierter als die Bewertung mit Zensuren, die zumindest sechs Abstufungen ermöglicht.

Noch problematischer ist aber der emotionale Bezug, den eine solche Bewertung herstellt. Bei meinen Recherchen sah ich Hausaufgaben- und Mitteilungshefte, in denen dieser Bezug zusätzlich durch eine schriftliche Ergänzung verstärkt wurde. Meist waren das Kommentare zu den traurigen Smileys wie dieser: »Ich bin ganz traurig, weil du Lisa die Mütze weggenommen hast und nicht sagen konntest warum.«



Sollten wir als PädagogInnen traurig sein, wenn Kinder nicht das erwartete Verhalten oder die Leistung zeigen? Ich denke im Sinne professioneller Abgrenzung kann das nur eine Ausnahme darstellen und ich bin mir sicher, dass es in der Praxis auch so ist. Aber wenn das so ist, dann wird über den traurigen Smiley eine Gefühlsrückmeldung gegeben, die nicht den Tatsachen entspricht. Eine solche Rückmeldung kann vom Kind einerseits als nicht real erkannt werden, was aber zu emotionaler Verunsiche-

rung führen muss. Aus der Psychologie und Psychotherapie wissen wir, wie wichtig es für die Entwicklung von Kindern ist, möglichst früh zu lernen, Gefühle richtig benennen zu können. Eine irrealer Rückmeldung von Traurigkeit könnte hier Entwicklungsdefizite verursachen.

### Was bewirkt die negative Bewertung?

Die andere Möglichkeit eines Kindes, auf die Bewertung mit einem traurigen Smiley zu reagieren, ist es, die darin enthaltene Gefühlsrückmeldung für bare Münze zu nehmen. Im ungünstigsten Fall überträgt sich dann die Trauer auf das Kind und es ist selbst über seine Leistung oder sein Verhalten bedrückt. Nur in diesem Fall funktioniert die negative Bewertung in dem Sinne, dass sie beim Kind etwas bewirkt, dass eine Verhaltensänderung nach sich ziehen könnte. Aber diese Disziplinierungsfunktion über das Erzeugen von Trauer zu erzielen, widerspricht dem Grundsatz des spielerischen Lernens in der Schuleingangsphase. Das inflationäre Erzeugen von Trauer in alltäglichen Handlungssituationen könnte sich zudem negativ auf die Verarbeitung tatsächlicher Trauerfälle auswirken. Ob dadurch ein Abstumpfungseffekt entsteht, der den Kindern Trauer und die Verarbeitung schwerwiegender Verluste letztlich unmöglich macht, oder eine übersteigerte Trauer verursacht wird, die in depressive Phasen übergehen könnte: In jedem Fall sind die denkbaren Auswirkungen schädlich für die Entwicklung der betroffenen Kinder.

Wenn wir schon nicht auf den Einsatz der Smileys verzichten können, dann sollten wir ihnen also wenigstens nicht ihr Lachen nehmen. Für das Hervorheben besonders guter Leistungen stehen der Phantasie alle Türen offen: Lassen wir den Smileys Ohren und Bärte wachsen, aber machen wir sie nicht traurig!



FOTO: PRIVAT

# New Yorks machtvolle Lehrgewerkschaft

Eindrücke von einem Austauschprogramm

von Cornelia Grindt, Redakteurin des Magazins *Mitbestimmung*

Warum sind in den USA gewerkschaftsfreie Schulen schwer in Mode? Und wie macht man Problemschulen wieder fit? Eine Gruppe Berliner GEWler diskutierte dies in New York mit KollegInnen der UFT, der United Federation of Teachers. Der Wingate Campus in Brooklyn ist ein großer Schulkomplex, der aufgesplittet wurde in mehrere kleinere Schulen. Tony Sclafani, Stadtteilvertreter der New Yorker Lehrgewerkschaft UFT, steht im Klassenzimmer vor der Tafel. Um ihn herum sitzen einige Lehrer der Highschool, die hier sonst 15-Jährige aus Einwandererfamilien aus Puerto Rico und Haiti unterrichten – darunter besonders betreuungsbedürftige Jugendliche. Doch heute geht es um die große Politik.

Tony Sclafani ist ein Typ wie Jack Lemmon, klein und witzig, der seinen New Yorker Stadtteil Brooklyn als »the best« anpreist, besser als Queens, die Bronx und sogar Manhattan. In diesem Moment ist er sehr ernst: »We are under attack«, sagt Tony zu den LehrerInnen und erzählt von der rechten Wirtschaftslobby, die das System der öffentlichen Schulen und deren Gewerkschaft, die UFT, zerstören will. »Wir sind mitten in einem politischen Fight, die Hedgefonds greifen unsere Pensionsfonds an, sie wollen sich dieses lukrative Feld erschließen«, sagt der Brooklyn-Vertreter der UFT. Deshalb bittet er die LehrerInnen, bei den amerikanischen Zwischenwahlen wählen zu gehen, und um Spenden für eine PR-Kampagne, mit der die Angriffe gekontert werden sollen. 200000 UFT-Mitglieder in New York City, das sei eine »machtvolle Gruppierung«. Die UFT organisiert 95 Prozent der Lehrerschaft und erhält von jedem Mitglied rund 900 Dollar jährlich. Auch wenn davon Sozial-



Besuch in New York: Die GEW-Delegation, angeführt vom Bundesvorsitzenden Ulrich Thöne, vor der Skyline Mannhatts. Elli Engler von der Lehrgewerkschaft UFT erklärt den deutschen Gästen, was es alles zu sehen gibt. FOTO: MANFRED BRINKMANN

versicherungsleistungen und Weiterbildungszentren mitfinanziert werden – die Lehrgewerkschaft in New York ist eine der bestausgestatteten und machtvollsten der Welt.

Und doch kämpft sie derzeit mit dem Rücken zur Wand. Vor allem kämpft sie gegen die privat gemanagten Charter-Schulen, ein dereguliertes Parallel-Schulsystem, das von milliardenschweren Stiftungen mit Finanzmitteln versorgt wird, wo der Schulleiter Boss und Manager ist. Für die sind Gewerkschaften mit einem 190 Seiten dicken Tarifvertrag, Sand im Getriebe ihrer Geschäftsinteressen. Elli Engler, Personalchefin der UFT, ist aufgewühlt: »Sie machen uns Gewerkschaften in der Presse fertig, sie schimpfen über die alten Lehrer, unsere Gehälter nach Senioritätsprinzip und unsere Tarifverträge«, sagt sie. »Das hier wird der Kampf meines Lebens.«

Gerade ist in den USA der Film »Waiting for Superman« angelaufen, ein Antigewerkschafts-Film, in dem Bildungsdefizite und das den USA drohende Verdummungs-Debakel drohend an die Wand gemalt wird. Die Regierung baut erheblichen Druck auf, Leistungslohn für Lehrer einzuführen und will den daran koppeln, wie deren SchülerInnen bei den Leistungstests abschneiden. Die New Yorker UFT lehnt das ab. »Alles läuft darauf hinaus, die Lehrer zu bestrafen und die Gewerkschaft zu dämonisieren«, sagt die wertkonservative Bildungsexpertin Diane Ravitch in ihrem jüngsten Buch. Die Debatten darum erleben neun GEW-GewerkschafterInnen aus Berlin – darunter der Bundesvorsitzende Ulrich Thöne – Anfang Oktober bei ihrem Besuch in Amerikas größter Stadt. In ihrem Programm werden die Deutschen von den UFTlern durch Schulen und Gewerk-

schaftsbüros in fünf New Yorker Stadtteilen gelotst. Umgekehrt hatten vor einem Jahr – auf Einladung der GEW – neun UFTler ein volles Programm in Berlin.

### Ein Tag in der Bronx

Dave Kazansky war damals dabei. Heute erwartet er uns in der South Bronx hinter der Metro- Absperrung. Zuletzt war Dave EDV-Lehrer, dann fragte ihn die Gewerkschaft, ob er einer von fünf »District Reps« in der Bronx werden will, und zahlte ihm 40.000 Dollar mehr, als er als Lehrer verdient hatte. Die Bronx ist seit den 80er Jahren berüchtigt, als die Gangs das Gebiet kontrollierten und sich kaum die Polizei hineintraute. Hier gibt es 325 öffentliche Schulen. In jeder Einzelnen hat die UFT einen gewählten Vertreter, der ihr über Vorfälle berichtet, erzählt Carol Harrison. Die gebürtige Jamaikanerin, eine Kindergärtnerin, vibriert vor Energie, als »District Rep« ist sie zuständig für 54 Schulen und permanent mit einem Ohr am Mobiltelefon. Wenn bei der Montagsitzung im Nachbarschafts-Quartier der Bronx 15 Gewerkschafter zusammensitzen, sitzt fast die ganze Welt zusammen, Leute mit afroamerikanischen, jüdischen und hispanischen Wurzeln.

Die Gewerkschaft unterhält mehrere Teaching Center, dort werden LehrerInnen, die eine schlechte Beurteilung erhielten, kollegial begutachtet und weitergebildet. »Wir haben über 4000 Lehrer in New York, denen ansonsten der Verlust der Lehrerlaubnis droht«, sagt Carol Harrison.

### Dicht organisiert

»We are under attack«, der Satz von Tony Sclafani klingt nach beim Blick aus dem 32. Stock auf Ground Zero, wo neben den Becken, die den ausgelöschten Standort des World Trade Center markieren, neue Gebäude hochgezogen werden. Tag und Nacht dröhnt das Hämmern von Amerikas größter Baustelle hinauf zum Millennium Hotel. Nicht weit davon residiert die Lehrgewerkschaft. Als New Yorks Finanzdistrikt nach dem 11. September 2001 in Schutt und Asche lag, hat die UFT das beschädigte Hochhaus Broadway 50/52 gekauft, um beim Wiederaufbau mitzuhelfen.

Der Kampf um eine gute Bildung für alle – als Teil sozialer Gerechtigkeit – ist in die Gründungsurkunde der UFT ein-

geschrieben. Ihre ersten Vorsitzenden stammten aus armen jüdischen Einwandererfamilien und waren in den 60er Jahren in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung aktiv. Im Verlauf von 50 Jahren hat die UFT in New York City ein Netz von gewerkschaftlichen InteressenvertreterInnen aufgebaut. In dieser Dichte und Spezialisierung wohl einmalig: Allein in New York City arbeiten über 1000 Hauptamtliche. Darunter Lila Ezra, die Mitgliedern psychologische Unterstützung bietet. Oder Ellen Prociada, die in letzter Instanz jene LehrerInnen vertritt, die ihre Lehrerlaubnis verlieren könnten. Einige Dutzend UFT-Hauptamtliche verwalten die Pensionsfonds, andere kümmern sich um das Vertragsnetz von Zahnärzten oder um marode Schulgebäude. Diese Gewerkschaft ist Personalrat, Sozialversicherung, Rechtsbeistand, Weiterbildungsinsti-tution, Stadtteilgruppe und politischer Arm in einem. Wir treffen sogar einen speziellen UFT-Betreuer für diejenigen New Yorker Lehrer, die verhaftet wurden. »Gibt es Gewalt?«, fragen wir Dave Kazansky. »Die Probleme sind nicht in den Schulen, sondern außerhalb«, sagt er.

Wer eine Schule in New York betritt, geht durch einen Metalldetektor. Dahinter sitzt eine blau-uniformierte Polizistin der »School Police«. In manchen Schulen sind zwei, in anderen auch 18 Polizisten präsent. Das ist normal. In allen Fluren hängen Verhaltensregeln: Respekt, Rücksichtnahme, kein Herumlärmen, keine Baseballkappen, keine Handys. In einer Schule in Brooklyn verlassen 12-Jährige in Zweierreihe das Klassenzimmer, um in die Schulkantine zu gehen. Die räumliche Enge zwingt zu Disziplin.

### Ein Tag in Harlem

Wir fahren durch Manhattan: Von der 125. Straße geht es drei Blocks weiter zur Hernandez Elementary School, einer öffentlichen Grundschule. Schuldirektorin Karen Melendez-Hutt steht in der Bibliothek, herzlich umrahmt von ihren Kolleginnen. 80 Prozent der Schüler sind schwarz. Als Melendez vor zehn Jahren diese Grundschule in Harlem übernahm, bekam sie Beileidsbekundungen und die Eltern waren aufgebracht, dass sie eine Weiße ist. Es war eine »Struggling School«, die Kinder konnten weder lesen noch schreiben, sie waren aggressiv und auch

die Erwachsenen wurden handgreiflich, berichtet Karen Melendez. Wie hat sie es geschafft, die Schule zum Guten zu verändern, fragen die Berliner. Melendez zeigt auf ihre Kolleginnen und sagt: »Ich bin nicht der Boss, ich unterstütze meine Kolleginnen.« Zum Leitungsteam der Schule gehören auch die Eltern- und der Gewerkschaftsvertreter. Der lobt ihre kooperative und menschenfreundliche Art.

Melendez Schule bekommt Extra-Finanzmittel für Schulen in sozialen Brennpunkten. Damit finanziert sie Hilfslehrer und Sozialarbeiter, denn um viele der SchülerInnen müsse man sich besonders kümmern, sagt sie. In manchen Klassen arbeiten ständig zwei Hilfslehrerinnen mit. Da können die Berliner nur staunen. Doch ohne das Teacher Center der Gewerkschaft im Haus, ohne die systematische Weiterbildung hätte diese öffentliche Grundschule in Harlem keine Bestnoten erhalten, sagt die Schulleiterin.

Auch der Wingate Campus in Brooklyn war ein Brennpunkt-Schulkomplex. »Wie motiviert ihr die Schüler zu ordentlichem Verhalten?«, fragt die Neuköllner Lehrerin Lenka Kesten, die viele arabisch-türkische SchülerInnen hat. Ben Shuliver, der junge Schulleiter der »Highschool of Public Service«, antwortet: »Wir bieten Sicherheit und fordern Disziplin. Wenn ein Jugendlicher aggressiv ist, wird er sofort bestraft, die Eltern informiert. Aber wir geben auch sofort Unterstützung.« Schulische Sozialarbeiter und individuelle Begleiter kümmern sich um die Jugendlichen. Die Schule bietet einen Schutzraum jenseits einer von Armut und Gewalt geprägten Außenwelt und eine starke Schulgemeinschaft, in der jeder Schüler einen Vertrauenslehrer hat. »Die Finanzmittel, die wir pro Schüler erhalten, investiere ich in Lehrer, so können wir die Klassen verkleinern«, sagt Ben. Die Deutschen erzählen von der Debatte um Migranten und Integration in ihrem Land. Dazu sagt eine New Yorker Lehrerin erstaunt: »Wir sind zu 100 Prozent Immigranten.« Und Tony Sclafani, der mit seiner Großmutter noch Italienisch sprach, meint: »Unser Schulwesen gibt es seit 170 Jahren. Seitdem haben wir nichts anderes getan, als Immigranten zu erziehen und zu integrieren – in unseren öffentlichen Schulen.« ■

*Leicht gekürzter Nachdruck aus der Nr. 11/2010 der Zeitschrift »Mitbestimmung« (Hans-Böckler-Stiftung)*

# SOUL BOY

ein Film von **Hawa Essuman** produziert von **Tom Tykwer & Marie Steinmann**

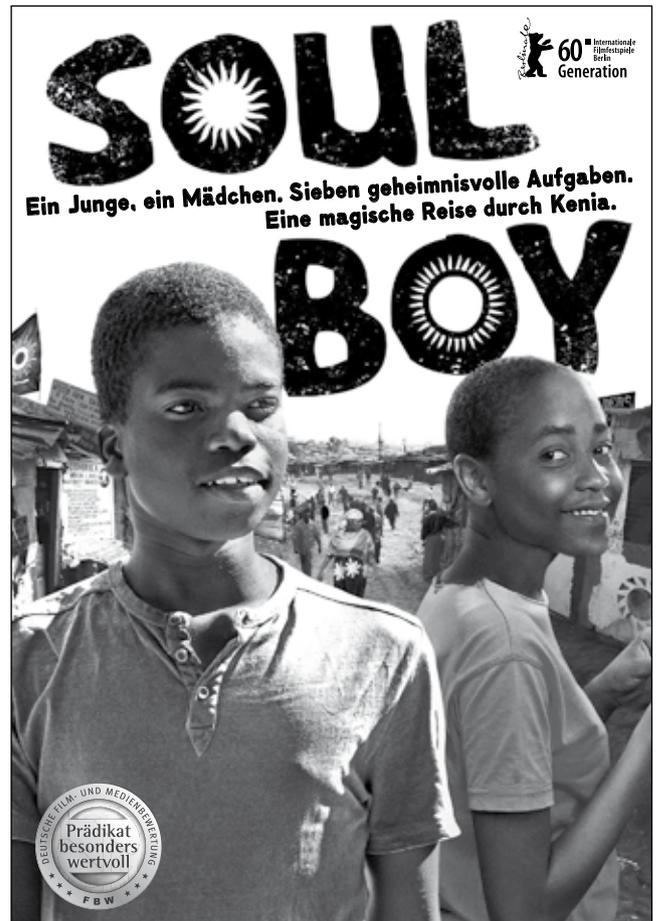
**E**ines Morgens ist Abilas Vater nicht mehr derselbe. „Sie haben mir die Seele weggenommen“, sagt er und bleibt matt liegen. Beunruhigt läuft der Junge zur Mutter, doch die winkt ab - zu gerne trinkt der Vater zu viel Alkohol und redet dann wirres Zeug. Eigentlich glaubt auch Abila nicht an die alten Mythen seines Volkes, aber was ist, wenn der Vater diesmal recht hat? Was ist, wenn seine Seele tatsächlich gestohlen wurde? Mit Hilfe seiner Freundin Shiku beginnt er in den verwinkelten Gassen des Kibera - Slums nach der Wahrheit zu forschen. Ihre Suche führt sie in die Hütte einer mysteriösen Geisterfrau, der Nyawawa. Sie stellt Abila sieben rätselhafte Aufgaben. Wenn er diese alle löst, könne er die Seele des Vaters retten.

In ihrem Spielfilmdebüt SOUL BOY schickt die kenianisch-ghanaische Regisseurin Hawa Essuman ihren pffiffigen jungen Helden Abi (Samson Odhiambo) auf eine turbulente Reise mitten hinein in die Geheimnisse des Kibera - Slums von Nairobi. Wo Alltagswirklichkeit sich mit mythischen Geschichten und Aberglauben mischt, muss Abi lernen, auf Herz und Verstand zu vertrauen, um die Seele seines Vaters zu retten, indem er ein geheimnisvolles Rätsel mit sieben Aufgaben lösen muss. Auf Augenhöhe der Kinder in Kibera erzählt SOUL BOY nicht nur ein spannendes und wunderbares Märchen, sondern auch vom Leben in einem der größten Slums Afrikas. Armut, Kriminalität und ethnische Spannungen gehören hier zur Tagesordnung. Vor allem aber zeigt der Film frisch und lebensnah den universellen Willen junger Menschen, ihre Zukunft selbst zu gestalten - und eine grenzüberwindende Freundschaft. Auf der Leinwand übertreffen sich die beiden herausragenden Hauptdarsteller Samson Odhiambo (Abi) und Leila Dayan Opollo (Shiku) gegenseitig als gewitzte Kämpfernaturen, die sich so leicht nicht unterkriegen lassen.

In der Sektion Generation bei den Internationalen Filmfestspielen Berlin 2010 feierte SOUL BOY seine Deutschlandpremiere und begeisterte dort Kinder und Erwachsene gleichermaßen.



v.l. Tom Tykwer (Produzent), Hawa Essuman (Regie), Billy Kahora (Drehbuch)



Kenia / Deutschland 2010, Länge: 60 Minuten, ab 6 Jahre

Begeistert von afrikanischen Geschichten, haben Tom Tykwer und Marie Steinmann 2008 in Kibera/Nairobi ein einzigartiges Pilotprojekt ins Leben gerufen. Junge Menschen vor Ort produzieren, unterstützt von einer kleinen Proficrew aus Deutschland, einen richtigen Kinofilm und erhalten dadurch nicht nur die Möglichkeit, ihre eigenen Geschichten zu erzählen, sondern auch sich in den unterschiedlichen Filmberufen auszuprobieren. Auf diese Weise ist SOUL BOY entstanden - ein magisches Abenteuer mitten aus dem Leben kenianischer Kinder.

Mehr Infos unter [www.soulboy.x-verleih.de](http://www.soulboy.x-verleih.de)

**Ab 2. Dezember im Kino**

BLZ-SEITEN

FÜR DAS

GEHOBENE ALTER

# SenioRita

AUSGABE XII

ALTERSABHÄNGIG

DEZEMBER 2010

## In Würde alt werden

Burkhard Rösner über seine Schulkarriere, seine Frühpensionierung und die Friedrich Angels

Die  
EXTRA-SEITEN  
der blz

das Interview führten Dieter Haase und Klaus Will

*Du warst zunächst Hauptschullehrer und bist dann zu einem OSZ gegangen. Wie kam es dazu?*

1972 habe ich in Neukölln an einer Hauptschule als LzA angefangen. Das waren damals Zustände, die man heute mit dem Namen Rütli verbindet. Nach der Ausbildung bin ich dann nach 15 Jahren an der 1. O Charlottenburg an eine Hauptschule in Spandau gekommen, wo ich zehn Jahre tätig war. 1997 gab es dann die Möglichkeit, sich an der TU mit einem Zusatzstudium zum Berufsschullehrer auszubilden zu lassen, die wurden damals gesucht. Ich habe auf diesem Weg dann Bautechnik studiert. Also das fand ich toll: In diesem Alter noch einmal studieren zu können, das hat mich richtig beflügelt. Obwohl ich mit einer berufstätigen Frau, drei Kindern und 50 Prozent Stundenverpflichtung ganz schön unter Druck geraten bin.

*Wie lange hat das Studium denn gedauert?*  
Das waren vier Jahre. Während dieser Zeit bin ich dann an die Gottlob-Münsinger-Schule gekommen und habe mich dort mit Burkhard Remke als Schulleiter und anderen Kollegen um die benachteiligten Schüler gekümmert, also BB10-, VZ11 und MDQM-Lehrgänge. Das war unser Programm, andere Berufsschulen wollten das ja weniger, wir haben uns da stark



Auf großer Fahrt: Burkhard Rösner (rechts) mit seinen »Friedrich Angels«

FOTO: PRIVAT

engagiert. Inzwischen gibt es die Münsinger nicht mehr, sie wurde 2006 in die Knobelsdorff-Schule eingegliedert.

*Das war kurz bevor du pensioniert worden bist – relativ früh, oder?*

Ja, ich bin mit 58 Jahren pensioniert worden, aus gesundheitlichen Gründen. Das war ein längerer Prozess, der sich über sechs, sieben Jahre hinzog. Die Arbeit mit

den schwierigen Schülern in BB10- und VZ11-Lehrgängen hinterlässt Spuren. In meinem Fall hatte ich extreme Schlafstörungen, die dazu führten, dass sich auch mein Auftreten veränderte: weniger Frustrationstoleranz und häufiger Aggressionsausbrüche. Ich war dann im Schlaflabor, habe eine Behandlung gemacht, habe versucht, mich mit Sport wieder ins Lot zu bringen – da habe ich es sogar ▶

► bis zum Marathonlauf geschafft. Aber es wurde nicht besser. Was sicher auch damit zu tun hat, dass in dieser Zeit parallel meine Arbeitszeit um 25 Prozent gesteigert wurde. Auch die Klassenfrequenzen erhöhte man schleichend und gleichzeitig fielen die Altersermäßigungen, die es vorher gab, weg. Wie kann mein Arbeitgeber es ignorieren, dass ältere Lehrer auch das Recht haben, in Würde alt zu werden?

*Du warst eben der falsche Jahrgang!*

Ja, genau, ich hatte gerade einen Antrag auf Altersteilzeit gestellt, der dann abgelehnt wurde. Stattdessen sagte man mir, ich solle doch selbst die Arbeitszeit reduzieren. Das fand ich unverschämt. Ich habe dann 2007 die Frührenten beantragt. Zwar bedeutete das ziemliche finanzielle Einbußen, aber es ging nicht mehr.

*Du bist seit drei Jahren im Ruhestand. Ist alles so gekommen, wie du dir das gedacht hast? Oder waren da Sachen, die völlig neu und unerwartet waren?*

Nein, es ist eigentlich alles so gekommen, wie ich mir das vorgestellt hatte. Ich hatte mich auch vorbereitet auf die Zeit, wo ich endlich das machen kann, was ich will. Ich habe zum Beispiel Gitarrenunterricht genommen und angefangen mit Dauerlauf. Und das alles habe ich dann auch beibehalten bis heute. Außerdem mache ich heute mehr praktische Sachen, weg von der Kopfarbeit. Ich habe ein altes, kleines Haus, an dem ich zurzeit herumwerkele.

*Ein Siedlungshaus! Weil du so eine seltsame Adresse hast, HOKA III stand da, haben wir nachgeschaut, was das ist: eine 1935 fertiggestellte Siemens-Siedlung am Hohenzollernkanal, Abkürzung HOKA. Auf der Homepage deines Siedlungsvereins steht ein Prospekt aus der Entstehungszeit: »Der Siedler wird aus dem Miethauselend der Großstadt herausgenommen, er erhält eine gesunde Wohnung in freier Lage auf eigenem Grund und Boden. Doch bleibt er Großstädter, behält die Möglichkeit, seinem ursprünglichen Beruf in der Industrie nachzugehen.« Wie bist du da hingekommen?*

Wir sind da 1982 hingezogen. Da das im Umfeld vom Flughafen Tegel liegt, war das gerade noch so erschwinglich. Was du da gerade zitiert hast, trifft es genau, denn es ist ein relativ kleines Haus, aber mit einem ziemlich großen Grundstück. Da konnte man alles mögliche anbauen

und auch noch Kleintiere halten. Ich bin ja Motorradfahrer und hatte deswegen den Antrag gestellt, eine Doppelgarage anbauen zu dürfen. Das wurde abgelehnt, pro Haus sei nur eine Garage für ein Auto gestattet. Dann habe ich den Antrag gestellt, einen Anbau für Kleintiere bauen zu dürfen, dem wurde zugestimmt. Seitdem habe ich auch einen Unterstand für mein Motorrad!

*Und durch dieses Motorrad hast du Dieter kennengelernt – beim Motorradkorso zum 1. Mai. Du hast da erzählt, dass du nicht nur Motorrad fährst, sondern auch in einem Motorradklub bist – den Friedrich Angels. Was ist das für ein Klub?*

Na ja, wir sind schon ein besonderer Klub, der seit 1985 existiert und der, was ja der Name auch deutlich machen soll, auch einen politischen Anspruch hat und deshalb auch eine bestimmte Auswahl an Leuten anzieht. Ich selbst bin durchaus jemand, der gern selbst schraubt und fachsimpelt – aber nicht nur! Ich möchte mich in einem Motorradklub nicht nur mit Leuten treffen, die sich die Birne vollsaufen und durch die Gegend rasen, sondern mit Leuten, die sich mit sozialen Fragen und Politik beschäftigen. Die finde ich hier.

*Ihr macht auch Gedenkstättenfahrten, wie man auf eurer Homepage lesen kann.*

Ja, wir machen unsere jährliche Himmelfahrtsausfahrt, wobei wir immer auch Stätten anfahren, die eine besondere Bedeutung haben. So haben wir zum Beispiel bei einer solchen Fahrt die Gedenkstätte von Wilhelm Leuschner in Bayreuth besucht. Wir besuchen aber auch in Berlin und im Umland bekannte und weniger bekannte Gedenkstätten oder Gedenkkorte. Neulich waren wir in der Gedenkstätte KZ-Außenlager Falkensee. In Spandau sind wir zum TÜV gefahren: Dort steht ein kleines Schild, das an die Frauen erinnert, die dort Zwangsarbeit leisten mussten.

*Und wer bereitet diese Fahrten vor?*

Wir haben da eine AG, die vorher recherchiert und die anderen dann vor Ort informiert. Über Berliner Gedenkstätten haben wir auch eine kleine Broschüre gemacht.

*Zurück zum Thema Ruhestand. Du warst bei der Veranstaltung der Jungen Alten zum Thema »Coaching für den Ruhestand« mit Hartmut Frech. Hat es dir noch etwas gebracht?*

Das war sehr interessant. Eine mit vierzig Leuten gut besuchte Veranstaltung, und alle haben auch gut mitdiskutiert. Frech betont ja die Bedeutung der sozialen Kontakte. Alte Kontakte pflegen, neue aufbauen. Meine Frau, die inzwischen auch im Ruhestand ist, macht zum Beispiel an der Technischen Universität das sogenannte BANA-Gasthörerstudium, das unterschiedliche Schwerpunkte für Menschen ab 45 anbietet, um Kompetenzen für nachberufliche Aktivitäten zu vermitteln. Ich mache derweil den Hausmann, bin aber neben dem Motorradklub auch beispielsweise im GEW-Chor der Jungen Alten aktiv, gehe gerne auch zum Beispiel mit bei den Stadtrundgängen, die Joachim Dillinger anbietet, und bin auch bei den GEW-Radtouren von Manfred Triebe mit dabei.

*Und dann gibt es ja auch den Siedlerverein.*

Richtig, wir haben dort noch richtig alte Strukturen in unserer Siedlung. Jeder muss jährlich eine gewisse Zeit Gemeinschaftsarbeit leisten. Außerdem gibt es für jede Straße eine Straßenvertrauensperson. Die kommt einmal im Monat in die Häuser der Straße und kassiert den Mitgliedsbeitrag – und plauscht natürlich auch ein bisschen. Dadurch entsteht viel mehr Kontakt und Gemeinsinn als in einer normalen Siedlung.

*Dann bist du ja sozial gut eingebunden: Siedlerverein, Motorradklub und GEW!*

Das ist richtig und ich bin auch sehr zufrieden damit.

*Und finanziell?*

Ich habe die Abschlüsse bei der Frührentenversicherung ja sehr bewusst in Kauf genommen. Ich will mich auch nicht beklagen, obwohl ich finde, dass Leute mit Kindern immer ziemliche Einbußen hinnehmen müssen. Ich habe, als meine Kinder noch klein waren, auch fünf Jahre lang nur Teilzeit gearbeitet, weil es nicht anders ging, da meine Frau auch immer gearbeitet hat. Dadurch habe ich schon einiges eingebüßt, auch bei der Pension. Und jetzt studiert mein Sohn immer noch, den unterstütze ich auch noch finanziell. Also, das merkt man schon ziemlich. Das bedeutet schon eine Einschränkung.

*Burkhard, wir danken dir für das Gespräch!*

Info und Kontakt zu den Friedrich Angels gibt es über deren Internetseite: [www.MCFA.de](http://www.MCFA.de)

# Was mache ich bloß den ganzen Tag?

Über die Schwierigkeiten beim Einstieg in den Ruhestand

von Hermann Mildner, Berufsschullehrer i.R.

Jetzt schreib ich auch mal einen Artikel. Alle Welt schreibt Artikel, warum nicht auch mal ich! Und zwar über das, was mich am meisten beschäftigt: das Rentnerdasein.

Wie ist das denn, Rentner? Ist das gut oder schlecht, muss man sich darauf vorbereiten, muss man davor Angst haben, was kommt da auf einen zu? Ich schreibe hier mal auf, was alles auf einen zukommt und wie man sich dazu verhalten kann. Mein Blick ist natürlich subjektiv. Alles basiert auf eigenen Erfahrungen oder Beobachtungen in meinem Umfeld: Mancher sehnt das Ende der Dienstzeit herbei (Was ich dann alles machen kann/werde!), manchem graut davor (Was mach ich mit der ganzen Zeit? Werde ich die Kontakte behalten? Dann bin ich ja auch schon 65 wie die ganzen Alten in den Parks!) Das Ende der Dienst-

zeit kommt dann doch ziemlich plötzlich. Man denkt, das sind ja noch zwei Jahre, bevor ich... Und dann plant man doch schon ein bisschen. Auf jeden Fall sollte man einen schönen Abgang organisieren. Auch wenn vieles Mist war und man manche KollegInnen lieber von hinten als von vorne sieht. Den Abgang macht man ja für sich, um sich in traurigen Momenten gern daran zu erinnern. Also: Plane es gut, suche im Kalender einen passenden Termin, sei nicht knauserig. Die sollen sehen, was sie an dir hatten!

Aber dann: Keinesfalls wieder – nur mal so, besuchsweise – in die Firma gehen, wenn man nicht muss! Erinnerst du dich noch? Du warst noch im Dienst und ein ausgeschiedener Kollege kam mal so vorbei. Er: Na, wie geht's, was macht ihr so, ist der Dings noch da, wie heißt der doch gleich... Und du: Darf ich dir unseren neuen Kollegen vorstellen, wir haben jetzt neuerdings ..., ach, wart mal, das Telefon ..., willst du'n Kaffee.

Du, entschuldige, ich muss ... Peinlich. Du stehst rum wie bestellt und nicht abgeholt. Erspar dir das! Wenn man dich sehen will, wird man dich schon einladen zur nächsten Betriebsfeier.

Und dann dein letzter Tag. Es war ein rauschendes Fest, oder sagen wir, es war eine schöne Abschiedsfeier. Der Chef hat eine kleine Rede gehalten, dein Lieblingskollege auch, ein paar Blumen, Sekt... Und jetzt sitzt du bei hellem Sonnenschein morgens um zehn beim Kaffee und könntest heulen. Die anderen sind jetzt bei der Arbeit wie immer, quatschen und tratschen, telefonieren, rennen geschäftig rum, und du musst nichts mehr, nichts!

---

**Wen könnte ich denn mal anrufen?  
Den Max, die Tanja, den Richard? Die arbeiten ja alle.  
Wer ist denn eigentlich schon in Rente?**

---

Was jetzt? Früher war man nur bei Sonnenschein zu Hause, wenn man mal krank war oder, Gott behüte, mal blaugemacht hat. Bei Sonnenschein zu Hause, wenn nicht Wochenende war, das hatte was Illegales. Und jetzt soll das der Normalfall sein. Da muss man doch erst mal sein schlechtes Gewissen niederkämpfen: Ich bin nicht faul, ich bin bloß in Rente!

Ok jetzt, wie geht's weiter. Wen könnte ich denn mal anrufen? Den Max, die Tanja, den Richard? Die arbeiten ja alle. Wer ist denn eigentlich schon in Rente? Dir fallen ehemalige Kollegen ein, mit denen du schon lange keinen Kontakt mehr hast, weil sie als Rentner bald nicht mehr up to date waren, langweilig. Und die plötzlich anrufen: Machst 'n jetzt so als Rentner? Plötzlich sind sie die Experten. Nein, das muss man doch alleine hinkriegen!

Was ich empfehlen kann bei einem Gefühl der Lähmung: Geh raus auf die Straße, zum Bäcker oder zum Supermarkt

oder bloß so. Du denkst vielleicht, die Leute gucken dir nach, weil du so ziellos wirkst. Aber da sind noch mehr Ziellose. Und keiner kümmert sich. Auch eine neue Erfahrung, allein und ohne Ziel zu schlendern – eigentlich doch ein unglaublicher Luxus. Kauf dir eine Zeitung und setz dich in ein türkisches Café. Löse das Sudoku bei Tee und Baklava. Du fühlst dich fremd und vertraut zugleich. Morgen kommst du mit einem Fotoapparat wieder.

Apropos Fotoapparat: Hast du schon so ein kleines digitales Glitzerkästchen? Wenn nicht, das brauchst du. Um damit zu spielen und weil es dich ganz natürlich zu weiteren Spielsachen wie dem Computer führt. Digitale Fotografie ist eine großartige Erfindung.

Aber dann bist du wieder zu Hause, und die Ödnis springt dich wieder an. Jetzt könnte doch der Max von der Arbeit wieder da sein. Du rufst ihn an, ob er

mit ins Kino geht. Der: Du hast's gut, ich muss noch arbeiten. Wieder bist du draußen. Du musst dich irgendwie unabhängig machen, was Eigenes haben (Jodeldiplom?). Hast du schon mal deine Finanzen durchforstet, was so dauernd Monat für Monat abgebucht wird? Mach das doch, du hast ja jetzt weniger Geld. Braucht man eigentlich eine Hausratversicherung? Hab ich einen günstigen Strom- bzw. Gasanbieter? Und Telefon (nicht selbst kündigen, den neuen Anbieter machen lassen!)? Brauch ich noch den ADAC, Vereine, Spenden...? Wo könnte ich sonst noch sparen? Stromsparbirnen, beim Discounter einkaufen? Ich brauch ja jetzt auch nicht mehr jeden Tag was anderes anziehen. Gut ist es vielleicht auch, die Wohnung ein bisschen umzuräumen, zu putzen oder gar zu renovieren.

Sehr empfehlen kann ich auch, was Ehrenamtliches zu machen. Etwas, was Du sowieso kannst. Dann fühlst Du Dich wieder ein bisschen wie auf Arbeit. ■



FOTO: PRIVAT



Wir waren dabei: Eine Abordnung der Jungen Alten beteiligte sich an den Demonstrationen in Gorleben gegen die Castor-Transporte. Im Bild: Beate Huhs mit GEW-Fahne.

FOTO: PRIVAT

## DATENBANK FÜR EHRENÄMTER

Im September 2010 ist das Internet-Portal »bürgeraktiv Berlin« gestartet. Wer sich engagieren will, kann künftig im Internet viel schneller für seine Fähigkeiten und Interessen passende Aktivitäten ausfindig machen. Umgekehrt können aber auch Ehrenamtsorganisationen geeignete HelferInnen kennenlernen und direkt ansprechen. Interessierte ehrenamtliche HelferInnen können sich mit ihren Kontaktdaten in einer Freiwilligendatenbank registrieren lassen und ein Profil mit ihren spezifischen Wünschen erstellen. In der parallel dazu angebotenen Ehrenamtsdatenbank können sie dann gezielt nach interessanten Ehrenamtsprojekten suchen und sich per Mausklick dafür direkt bewerben. Momentan stehen 780 Einsatzmöglichkeiten zur Wahl. Unterstützt wird die Suche nach einer geeigneten Engagementmöglichkeit durch den neuen Ehrenamtsatlas, der die Standorte der Projekte und Veranstaltungen auf einem Stadtplan abbildet. Die bei »bürgeraktiv Berlin« eingetragenen Vereine, Verbände, Initiativen und Stiftungen des Dritten Sektors können diese Freiwilligendatenbank einsehen und so gezielt auch von sich aus nach für ihren Bedarf geeigneten Freiwilligen suchen. Daneben halten der Veranstal-

tungskalender, eine Ehrenamtsbibliothek, eine Ehrenamtsvideothek und eine Selbsthilfevideothek weitere nützliche Angebote bereit: <http://www.berlin.de/buergeraktiv>.

## JERUSALEM – THE EAST SIDE STORY

Die AG Frieden und Junge Alte laden ein zum Themenabend »Nahost«. Wir zeigen den Film »Jerusalem – the East Side Story«, Palästina, 2008, 56 Min., Regie: Mohammed Alatar (mit

deutschen Untertiteln). Dieser Film des palästinensischen Regisseurs Mohammed Alatar zeigt die Geschichte Jerusalems von der britischen Mandatszeit bis heute. Nach dem Junikrieg 1967 beschreibt er die israelische Besatzungspolitik im Osten der Stadt, die darauf abzielen soll, eine jüdische Bevölkerungsmehrheit herzustellen. Aber nicht nur Ost-Jerusalem kommt in dem Film vor, sondern auch West-Jerusalem im Jahr 1948, als die Palästinenser ihre Häuser verließen, flohen oder vertrieben wurden und glaubten, nach dem Krieg zurückkehren zu können.

Mohammed Alatars Verdienst ist es, die Fakten in diesem Film sachlich, ruhig und ausgewogen zu präsentieren. Das macht die Besonderheit seines Films aus: Er verzichtet auf alle aggressiven Untertöne – wie schon in seinem früheren Film »Die eiserne Mauer«. Stattdessen lässt er das Schicksal Einzelner die heutige Lage der Palästinenser, Muslime und Christen, illustrieren. Angesichts der unveränderten Aktualität – der Enteignung und Zerstörung palästinensischer Häuser, der gesonderten Aufenthaltsgesetze für Palästinenser und des Baus neuer Wohnungen für jüdische Siedler hat der Film an seiner Brisanz nichts verloren. Denn im Osten dieser Stadt spiegelt sich der Konflikt in seiner ganzen Dramatik wider.

Sicher ergibt sich im Anschluss an den Film auch diesmal wieder, wie bei einem themenähnlichen Abend vor knapp einem Jahr, eine interessante Diskussion.

Vorführung am 26. Januar 2011 um 19 Uhr im Raum 31/32 der Geschäftsstelle der GEW Berlin.



Chor-Gesang: Der von den Jungen Alten gegründete Chor hatte seinen ersten großen Auftritt im Oktober vor den über 300 Delegierten der Landesdelegiertenkonferenz der GEW BERLIN. Rauschender Applaus!

FOTO: ANDREAS KRAFT

Fortsetzung von Seite 5

»Schule gucken ist angenehmer als Schule machen!« Was an der Schule los ist, wissen alle an ihr Beteiligten auch so. Die hochgelobten Schulprogramme und -profile sind oft das Papier nicht wert, auf dem sie stehen, weil die Personaldecke mittlerweile so kurz ist, dass man sie ziehen kann, wie man will: Sie reicht hinten und vorne nicht! Junge, hochqualifizierte und engagierte KollegInnen verlassen unsere Schulen, weil sie in anderen Bundesländern besser bezahlt und verbeamtet werden. Die berühmte 100%-Personalausstattung wird nur mit ReferendarInnen und unvollständig ausgebildeten PKB-Kräften erreicht, die die Schule aber auf Grund ihrer Verträge nicht in Gremienarbeit und Klassenordinate einsetzen kann. Das bleibt alles an den Alten hängen! Aber egal: Herr Friede freut sich über die vielen Daten und Zahlen, die er erheben konnte, und wie toll es ist, wenn Schule einmal der »Spiegel« vorgehalten wird!

An meiner Schule hat sich nach der Schulinspektion nichts verbessert, nur verschlechtert, weil trotz aller hehren Ziele einfach das Personal nicht mehr da ist, um sie zu erfüllen! Aber Herr Friede bringt es selbst auf den Punkt: Die Teilnehmer der Inspektionsteams wechseln nach ihrer Tätigkeit schnell »in Leitungsaufgaben an Schulen und in die Schulaufsicht«. Für mich heißt das: Schulinspektion als Sprungbrett für KarrieristInnen und bloß schnell weg von der täglichen Arbeit an SchülerInnen!

Solange die Berliner Schule weiter kaputtgespart wird, brauchen wir die Schulinspektion nicht! Solange die KollegInnen trotz hohen Altersdurchschnitts bis über die Grenze der Belastbarkeit mit hoher Unterrichtsstundenzahl, großen Klassenfrequenzen und Bergen von Korrekturen belastet sind, brauchen wir Schulinspektion nicht! Schule braucht mehr Personal vor Ort!

Susanne Held

### Schulinspektion, November-blz

Das Angebot der blz-Redaktion, Axel Friedes Halleluja auf seine Schulinspektion zu kommentieren, möchte ich – nach der Lektüre mehr als übellaunig – annehmen. Zu den segensreichen Entwicklungen im Bildungswesen zählt der Chefinspektor folgende Elemente:

1. *Internationale Schulleistungsuntersuchungen*: Was tat sich hier, um bessere Ergebnisse zu erzielen? Es wurden Maßstäbe abgesenkt, indem beispielsweise bei der Bewertung fremdsprachlicher Klausuren der Fehlerquotient liquidiert und durch softe Kriterien (vgl. www.klausurgutachten.de) ersetzt wurde. So ist für die Bereiche Grammatik und Syntax die Note »ausreichend«, zu erteilen, wenn Verstöße gegen grammatische Regeln nicht zu einer inhaltsverzerrenden Darstellung führen. Wer also sinngemäß »Opa seine Zähne in Herta ihre Suppentasse gesehen gehabt hat«, hätte die Note »4« verdient, da jeder weiß, wo Opas Gebiss gesichtet wurde. Hinzu kommt die 5. Prüfungskomponente im Abitur. In der bei Schülern beliebten Präsentationsvariante werden beliebig irgendwelche pseudowissenschaftliche Mätzchen vorgeführt, vor allem aber präsentieren die Abiturienten sich selbst in dieser Abiturnotenverschönerungskomponente.

2. *Bundesweite Vergleichsarbeiten*: Die Bewertung freier Gestaltungsteile bei VERA X wird naturgemäß nach unterschiedlichen Maßstäben erfolgen. Die Eingabe der Daten kann unkontrolliert eingegeben und geschönt werden.

3. *MSA*: Der ist an Gymnasien überflüssig. Über 90 Prozent der SchülerInnen bestehen ihn spielend. An den von Unterschichten und mehrheitlich von Migrantenkindern besuchten Schulen stellt er dagegen eine klare Überforderung dar.

4. *Zentralabitur*: Grob gesagt wird zunehmend Methodenkompetenz überprüft und bewertet. Ein Frankfurter Bildungsforscher konnte nachweisen, dass eine 9. Gymnasialklasse den Anforderungen einer Abitur-Leistungskursklausur im Fach Biologie entspricht. 23 von 27 Schülern der Klasse bestanden die Prüfung!

5. *JüL*: Ich schlage eine Ja-Nein-Abstimmung vor bei Lehrern, Eltern und vielleicht auch bei betroffenen Kindern. Das Ergebnis ist angesichts der Erfolge der altersdifferenten Beschulung unter den Bedingungen des Berliner Sparhaushaltes antizipierbar.

6. *Inklusion*: Ist wünschenswert, aber kostet Geld. Fehlt. Zurzeit also eher theoretisches Geschwafel.

7. *Schulprogrammarbeit*: Hier arbeiten alle Kollegen begeistert mit. Alle sitzen mit leuchtenden Augen beieinander und evaluieren sich permanent selbst. Bei der Unterrichtsvorbereitung liegen stets ein Exemplar der letzten Fassung des Schulprogramms sowie neben dem Rahmenplan das schulinterne Curriculum

auf dem Schreibtisch. Durch diese zusätzliche Belastung wird der Unterricht von Tag zu Tag besser.

8. *Eigenverantwortliche Schule*: Sie wäre im Prinzip zu begrüßen, stünden nicht standardisierte Vergleichsarbeiten im Widerspruch zu ihr. Unterrichtsausfall, bedingt durch die um Längen zu knappe Ausstattung, die zum Teil auch noch virtuell ist, kann hier billig als Missmanagement der Schulleitung verkauft werden. Eine arbiträre Phraseologie wie »Professionalität des Lehrkörpers«, »Qualität des Leitungshandelns«, »Wirksamkeit von Schulprogrammen«, »Handlungsrahmen Schulqualität« oder »Basisqualifizierung« durchzieht das Statement des Chefspektors. Die befragten 200.000 Personen – dazu gehöre auch ich – haben die sehr zahlreichen Daten im Sekundentakt eingegeben. Es ist also mehr als fragwürdig, wie wohlüberlegt diese sind. Selbst Letzteres vorausgesetzt, ist zu hinterfragen, welche konkreten »Qualitätsverbesserungen« sich aus dieser Auswertung und den Blitzbesuchen im Unterricht ergeben.

Höchst plausibel erscheint mir hingegen das Engagement der InspektorInnen im Hinblick auf ihre »immer schneller(e)« Übernahme von »Leitungsaufgaben an Schulen und in der Schulaufsicht«.

Jürgen Zemke, Berlin-Spandau

### Wo bleibt das Positive?

Ich habe vor einigen Tagen zum ersten Mal die blz in den Händen gehalten, da ich in diesem Monat aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen nach Berlin gewechselt bin. Mir gefällt die Zeitung außerordentlich gut. Es sind viele interessante Artikel dabei, die mich – als vielleicht nicht gerade absolute Zielgruppe – zum Lesen und vertiefendes Informieren anregen. Nichtsdestoweniger habe ich eine kleine Bitte: Da ich als Student noch nicht in dem Beruf des Lehrers bin (sondern bislang meine Erfahrung in der Nachhilfe sammle), wirkt der etwas monotone Charakter, welchen schlechten Bedingungen Lehrer heutzutage ausgesetzt sind, eher abschreckend. Vielleicht könnte ja für die nächsten Ausgaben eine Rubrik entstehen, in welcher auch die positiven Seiten des Lehrerdaseins ihren Platz finden, z.B. durch Erfahrungsberichte. Das soll aber natürlich keinesfalls die notwendigen Forderungen nach Verbesserungen in irgendeiner Art schmälern.

Francesco Malo

# Spannende Themen, knappe Beschlüsse

Die Landesdelegierten tagten

von Sigrid Baumgardt, blz-Redaktion



**D**ienstag, 2. November 2010, 9 Uhr, die Landesdelegiertenversammlung kann beginnen. Sie hat sich viel vorgenommen, allein zwei Schwerpunkte, der eine Inklusion und der andere Tarifpolitik in der Wirtschaftskrise. Hinzu kommt eine umfängliche Antragsberatung am ersten Tag, die mit drei weiteren Beschlüssen am zweiten abgeschlossen wird.

## Rechenschaft und Satzungsänderung

Auftakt der LDV ist der kurze mündliche Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden Rose-Marie Seggelke, der unter anderem den Angleichungstarifvertrag zum The-

ma hat. Rosi bedankt sich nochmals ausdrücklich für den Einsatz von Holger Dehring bei den Verhandlungen. Klaus Schroeder ergänzt einiges zum Bereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit und stellte das Volksbegehren Schulhorte in den Fokus seines Berichts. Nach der knappen Aussprache folgte die Beratung zu den satzungsändernden Anträgen. Mit deutlicher Mehrheit angenommen wurden die Anträge zur Einrichtung der Vertrauensleutekonferenz und zur Anpassung der Fachgruppen an die Schulstruktur nach der Reform. Dem Antrag des Lama (Landesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten), dass ein originäres oder ein beratendes

Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands Migrationserfahrung haben soll, hätte nicht eine Stimme fehlen dürfen. Der Antrag zur Änderung der Wahlperiode wurde mit dem Ergebnis von 100 zu 100 Stimmen abgelehnt. Weitgehend Einigkeit bestand trotz alledem zu der Frage, die Wahlperiode für die Mitglieder des GLV auf vier Jahre zu verlängern. Hier muss nachgebessert werden. Hier zur Erinnerung: Die Anträge wurden in der Oktober-blz veröffentlicht. Die beschlossenen Änderungen der Wahlordnung vollziehen die Beschlüsse der Frühjahrs LDV zum Teammodell für die Referate und für die drei gleichberechtigten Vorsitzenden nach.

## Bildungspolitik

Nach etlichen Jahren Grundschulreform, insbesondere der Einführung der Schulanfangsphase einschließlich des jahrgangübergreifenden Lernens, fordern die VertreterInnen aus der Bezirksleitungs-AG eine deutliche Reduzierung der Klassenfrequenzen, höhere Entlastungskontingente für Teamarbeit und Kooperation als Gelingensvoraussetzung. Die LDV folgte dem Antrag. Damit wir aus den schlechten Erfahrungen der Grundschulen lernen, soll im Bereich der Einführung der Sekundarschulen frühzeitig eine Evaluation der Rahmenbedingungen bei der Einführung in den einzelnen Regionen vorgenommen werden. Hier sind die Bezirksleitungen gefragt, die die Evaluation von ihrer Seite und mit ihrer örtlichen Kenntnis unterstützen müssen. Auf der Grundlage der Evaluation will die GEW BERLIN dann Forderungen an den Senat stellen.

Zwei weitere Anträge hatten Forderungen zum neuen Funktionsstellenmodell zum Inhalt. Die Gymnasien machen sich stark für eine andere Größe zur Festlegung von kleinen und großen Schulen mit erheblichen Auswirkungen auf die Ausstattung mit Fachbereichsleitungen, im zweiten Antrag wurde die Forderung nach mehr Funktionen oder Funktionsstellen auch in den Grundschulen bekräftigt.

Das große Thema Inklusion wurde von Hans Wocken eingeführt. Wocken ist emeritierter Professor der Universität Hamburg und beschäftigt sich seit über 30 Jahren mit dem Thema Integration und Inklusion. Gelernt hat er in seinen Anfängen viel von Hospitationen an der Friedenauer Fläming-Grundschule. Er positionierte sich eindeutig pro Inklusion, schon allein auf der Grundlage des Elternwillens und Elternwahlrechts. Er stellte in knapper Form die Umgangsmuster der Gesellschaft mit Verschiedenheit dar. Sie reicht von der Extinktion über die Exklusion zur Segregation, das deutsche Modell, weiter zur Integration als Zweigruppenmodell hin zur Segregation. Wocken verwies in diesem Zusammenhang auf das Verdienst der Sonderschulen, die Kinder mit der Notwendigkeit besonderer Förderung überhaupt in die Schule zu bringen, ihnen Bildung damit zu ermöglichen und sie eben nicht einfach zuhause zu lassen. Jetzt aber sei es an der Zeit, mit der Vielfalt umzugehen.

Damit Inklusion in Schule gelingen kann, und das trotz der ewigen Forde-

lung nach Kostenneutralität, muss es eine Schule für alle geben und nur ein System. Die Systeme Sonderschule und inklusive Regelschule parallel zu fahren, sei auf jeden Fall die teuerste Variante. Wocken geht als Ziel von einer Inklusionsquote von 85 Prozent aus. 100 Prozent hat Italien derzeit, Deutschland liegt im Schnitt bei etwa 15 Prozent, Berlin schon bei 50 Prozent. Ein Schlüssel fürs Gelingen der inklusiven Schule sei die Berechnung der Klassengrößen. Grundlage für die Berechnung sind die kleineren Klassenfrequenzen in den Sonderschulen. SchülerInnen mit Förderstatus in den Bereichen Lernen, Verhalten und Sprache werden in Sonderschulen doppelt gezählt, SchülerInnen mit Behinderungen in den Bereichen Hören, Sehen, Körper und Geist müssen bei der Berechnung für die Regelklasse sogar mit dem Faktor 3 angesetzt werden. Ist im ersten Bereich von einem Durchschnitt von 10 Prozent im Jahrgang auszugehen, so gibt es im zweiten nur etwa ein Prozent. Das heißt für die Regelklasse bei 25 SchülerInnen gehören etwa drei der ersten Gruppe an, so hat die Klasse nur noch 22 Schülerinnen. Das passiert ohne Feststellung eines Status pauschalisiert und für Berlin sollte noch ein sozialräumlicher Korrekturfaktor eingeführt werden.

Daneben sollte es eine Ambulante Sonderschule geben, von der aus mobile Dienste oder Ambulanzen zur Betreuung und Unterstützung von SchülerInnen mit besonderem Bedarf kommen, in der Schweiz sind das die sogenannten »Köffer-

lipädagogen«. Wocken sprach neben den finanziellen auch über die mentalen Barrieren, die einen großen gesellschaftlichen Bewusstseinskampf notwendig machen. Am Ende des Vortrags stand der historische Verweis auf die französische Revolution. Freiheit bedeutet im Kontext von Inklusion: Selbstbestimmung, Gleichheit, Gleichberechtigung und Brüderlichkeit! Läge die Verletzung eines Bereichs vor, so würden die Forderungen der UN-Menschenrechtskonventionen verletzt und es läge Diskriminierung vor.

Der ursprüngliche Antrag zum Thema Inklusion wurde von den AntragstellerInnen zugunsten eines Verfahrensvorschlags zurückgezogen. Einige haben in ihren Redebeiträgen ihr Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass aus ihrer Sicht damit die notwendige Diskussion zum Thema verkürzt wurde. Nachgeholt werden soll sie jetzt unter anderem auf einer Fachtagung, die vor der nächsten LDV liegen soll, sodass die Delegierten dann hoffentlich einen Antrag auf der Grundlage der Diskussionen der Tagung beraten können.

## Beschäftigte und Rahmenbedingungen

Dem leidigen Thema Personal-Kosten-Budgetierung (PKB) und ihren Folgen für die Beschäftigten und für die Qualität von Schule nahm sich ein Antrag der Frauen an, der die Beendigung dieses Programms fordert und stattdessen die Forderung nach einer Ausstattung von

### WAHLTERMINE DER INNERGEWERKSCHAFTLICHEN WAHLEN 2011

Bezirk / Fachgruppe / Abteilung	Datum, Uhrzeit	Ort
Mitte	21.02. um 17.00 h	GEW, Raum 31/32
Pankow	22.02. um 18.30 h	Primo-Levi-Gymnasium
Steglitz-Zehlendorf	23.02. um 19.00 h	Fichtenberg-Oberschule
Neukölln	02.03. um 18.00 h	GEW, Raum 31/32
Treptow-Köpenick	16.02. um 17.00 h	FoBIZ Treptow-Köpenick
Lichtenberg	09.03. um 18.30 h	Fritz-Reuter-OS
Abt. Berufsbildende Schulen	25.01. um 19.00 h	GEW, Raum 31/32
Abt. Kinder-, Jugendhilfe u. Sozialarbeit	16.02. um 18.00 h	GEW, Raum 31/32
FG Sonderpädagogik	10.01. um 18.00 h	GEW, Raum 31
FG Schulsozialarbeit	17.02. um 18:00 h	Raum 33
FG Kindertageseinrichtungen	17.03. um 18.00 h	GEW, Raum 31/32
FG Sozialpäd. Aus-, Fort- u. Weiterbildung	22.03. um 16.00 h	GEW, Raum 31/32
Landesausschuss f. Frauenpolitik	21.02. um 19.00 h	GEW, Raum 31/32
Arbeitslosenausschuss	24.02. um 18.00 h	GEW, Raum 31/32

▶ 100 Prozent mit voll ausgebildetem Personal bekräftigt.

Außerdem wurde in dem Antrag zu den Arbeitsbedingungen von Lehrkräften und Erzieherinnen der Senator erneut aufgefordert, sich endlich seiner Fürsorgepflicht und der Gesunderhaltung der Beschäftigten anzunehmen.

Die Diskussion zum Antrag gegen antimuslimischen Rassismus war voll von vielen interessanten Beiträgen aus verschiedenen Perspektiven und Erfahrungshintergründen zu diesem Thema. Der Beschluss ist im Titelthema abgedruckt.

### Gewerkschaft und Krise

Kollegin Stumpenhuisen dankte in ihrem Beitrag allen GewerkschafterInnen, die am Zustandekommen des neuen Tarifvertrages beteiligt waren, auch wenn er noch einiges zu wünschen übrig ließe. Davon ausgehend stellte sie in den Mittelpunkt ihres Beitrages die Frage: Wer ist eigentlich die Gewerkschaft? Nicht nur die Funktionäre, die man für das Ergebnis beschimpfen kann, sondern wir alle! Wir können nur etwas erreichen, wenn die KollegInnen mitmachen beziehungsweise sich organisieren und selber Aktionen initiieren.

Auch in dem sehr leidenschaftlich vorgetragenen Referat von Heinz-Josef Bontrup von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik war das ein gewichtiger Punkt. Er zeigte kein Verständnis für diejenigen, die sich angesichts der heutigen wirtschaftlichen Situation

nicht gewerkschaftlich organisieren. Er stellte auch klar, dass nicht die ManagerInnen mit ihren Riesengehältern schuld an der Krise sind, sondern das System des Neoliberalismus, das System der Umverteilung von unten nach oben. Und es gebe nur ein Mittel gegen dieses systemische Problem, nämlich ein einheitliches Auftreten der Gewerkschaften. Wenn das nicht gelänge, hätte die andere Seite ein leichtes Spiel.

Bontrup sieht keineswegs ein Ende der Krise. Es sind weltweit noch 94 Billionen Euro in der Zirkulation und nur drei Billionen sind durch eine Umbuchung in die Staatshaushalte vernichtet worden. Er drückte es mit dem Satz aus: Die neue Krise ist schon schwanger! Die Schuldenbremse, von ihm als Knüppel bezeichnet, sei das Hindernis für eine relativ wirksame Antikrisenpolitik. Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sieht er nur einen Ausweg: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Ohne diese könne keine Vollbeschäftigung erreicht werden. Deshalb hat er eine »Initiative Arbeitszeitverkürzung« ins Leben gerufen. In seinem Schlusswort appellierte er an die Anwesenden, konsequent für die Arbeitszeitverkürzung einzutreten. Dazu sei eine gewerkschaftliche Organisation als Gegenpol zum Neoliberalismus absolut notwendig. Das sollte ein Auftrag für jeden von uns sein. Wer das nicht begreife, habe nichts begriffen!

Schon am Dienstag beschlossen die Delegierten weitere Strategiekonferenzen, die sich auch diesem Themenkomplex widmen. Auch dem Antrag ge-

### AG FRIEDENSERZIEHUNG UND FRIEDENSPOLITIK

**Wir treffen uns einmal im Monat, am zweiten Mittwoch von 17 bis 19 Uhr in der Geschäftsstelle**

Was wir da machen? Wir diskutieren zu bestimmten Themen, geben uns gegenseitig Veranstaltungstipps, bereiten auch mal selbst eine Veranstaltung vor. Wir bringen Anträge in die LDV ein, verabreden uns zu Friedensaktionen. Einige unserer Themen waren z.B. Afghanistan, Iran, Militärdrehkreuz Halle/Leipzig, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus, Israel/Palästina, Bundeswehr an Schulen, Atomkraft und Atomwaffen oder Scientology an Schulen. Verstärkung ist sehr willkommen! Nächstes Treffen ist am 8. Dezember 2010.

Kontakt: Barbara Majd Amin, Tel. 8 52 29 38 oder E-Mail: bamamin@freenet.de

gen die von DGB und BDA formulierten Eckpunkte zu einer Gesetzesinitiative, die die Tarifautonomie sichern und die Tarifeinheit regeln soll, schlossen sich die Delegierten an.

Diese LDV war voll mit Themen, die uns auch in der Zukunft beschäftigen werden, angereichert mit Redebeiträgen von vielen, die man sonst noch nicht wahrgenommen hat. Unter anderem musste der Quotierung von männlichen und weiblichen Beiträgen keine große Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn wir Frauen waren gut vertreten. ■

### 17. NOVEMBER: ENTLASTET DIE ALTEN, BEVOR SIE ERKALTEN.

Trotz feuchtkalten Nieselwetters versammelten sich am 17. November 2010 knapp 2 000 KollegInnen, um im Rahmen der Kampagne »Alte Stärken« für Altersentlastung und altersgerechte Arbeitsbedingungen zu demonstrieren. Der beachtlich lange Demonstrationsszug brachte den Feierabendstraßenverkehr für geraume Zeit zum Erliegen. Wir hoffen, dass auch Senator Zöllner uns wahrgenommen hat und sich bewegt. Wenn nicht, werden wir die Gangart verschärfen. Ein herzlicher Dank an alle, die die Demonstration solidarisch unterstützt haben. So wurde auch eine Reihe von PensionärInnen und ErzieherInnen gesichtet. RS



# Ein Urgestein tritt ab

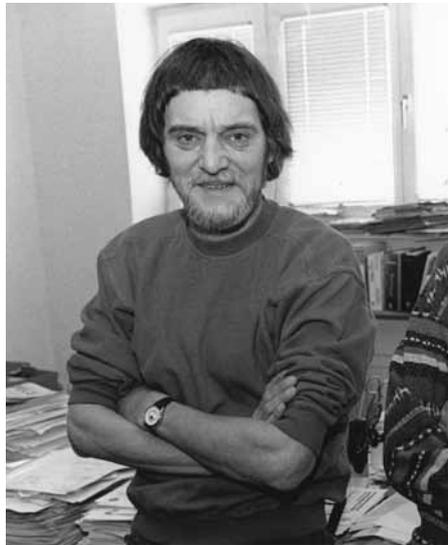
Nach mehr als 32 Arbeitsjahren in der GEW BERLIN verabschiedet sich Klaus Büscher Ende des Jahres in den wohlverdienten Ruhestand

von Udo Jeschal, Geschäftsführer der GEW BERLIN

Klaus wurde 1978 nach seinem erfolgreichen Studium der Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin zunächst als Mitarbeiter in der Mitgliederverwaltung der GEW BERLIN eingestellt. Zu diesem Zeitpunkt war der Landesverband wegen der Nicht-Übernahme der »Unvereinbarkeitsbeschlüsse« aus der GEW (Bund) und damit dem DGB ausgeschlossen. Die Wiederaufnahme des Landesverbandes in die GEW schuf dann die Voraussetzung für seine neue Tätigkeit: Er wurde der erste hauptamtliche Referent der GEW BERLIN.

Entsprechend der gewachsenen Bedeutung der Personalratsarbeit und der allgemeinen Angestellten- und Beamtenpolitik lag sein Arbeitsschwerpunkt von Anfang an im Bereich des damaligen Referats A. Klaus hat es in seinem Arbeitsleben bei der GEW mit sehr unterschiedlichen ReferatsleiterInnen zu tun gehabt: Boris Fahlbusch, Gerhard Schmid, Ilse Schaad und aktuell Holger Dehring. Alle schätzten und schätzen seinen Sachverstand, seinen Blick über die Grenzen des engen Arbeitsgebietes hinaus, seine politischen Einschätzungen in vielen schwierigen Situationen. Lange Jahre war Klaus das einzige geballte hauptamtliche Wissen des Landesverbandes und erster Ansprechpartner für Personalräte. Wenn ein Personalrat

nicht mehr weiter wusste, war die letzte Hilfe häufig der Rat »Ruf doch Klaus an«. Und seine Kompetenz war unerlässlich, als es nach 1989 darum ging, für die KollegInnen aus dem Ostteil Berlins in kürzester Zeit gewerkschaftlichen Schutz zu organisieren



Klaus Büscher

FOTO: NEMES/TRANSIT

und zu gewährleisten. Die Beschäftigten der Geschäftsstelle verlässt ihr langjähriger Betriebsobmann und späterer Betriebsratsvorsitzender. Sie haben ihm eine Vielzahl von Betriebsvereinbarungen zu verdanken, die soziale Standards setzen, von denen in vielen anderen Betrieben nur geträumt werden kann.

Die letzten Jahre war Klaus durch eine schwere Krankheit sehr stark beeinträchtigt. An den Folgen leidet

er immer wieder und so entschied er sich für den vorgezogenen Ruhestand.

Die GEW BERLIN hat Klaus Büscher sehr viel zu verdanken, wir wünschen ihm alles Gute – und vor allem Gesundheit – für seinen neuen Lebensabschnitt. ■



## GEW ZEUGNIS PROGRAMM

### Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter [www.gew-berlin.de/zeugnis.htm](http://www.gew-berlin.de/zeugnis.htm).

#### Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30,-	40,-
Gesamtschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek. II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter [www.gew-berlin.de/4547.htm](http://www.gew-berlin.de/4547.htm), Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter [www.gew-berlin.de/4681.htm](http://www.gew-berlin.de/4681.htm).

Bestellschein: siehe Seite 27

# Chance vertan

Das Berliner Hochschulgesetz wird überarbeitet

von Rainer Hansel und Matthias Jähne, Abteilung Wissenschaft

Das Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) ist seit vielen Jahren Baustelle und Experimentierfeld. Vor allem mit der Erprobungsklausel von 1997 sind den Berliner Hochschulen weitreichende Abweichungen von den gesetzlichen Regelungen erlaubt. Angesichts der vielfältigen Veränderungen der letzten Jahre im Hochschul- und Forschungsbereich der Bundesrepublik ist es höchste Zeit für eine kritische Bilanz und Überarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Welche Schlussfolgerungen sind aus der massiven Kritik an der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge zu ziehen? Wie werden die in den Bildungstreiks aufgestellten Vorschläge umgesetzt? Auf der Bundesebene sind mit der Föderalismusreform neue Probleme entstanden. Die Personalstruktur entwickelt sich in den Ländern höchst unterschiedlich. Die Hochschulen werden über Hochschulverträge geführt. In der Forschungsförderung führt die stärkere Programmfinanzierung, auch durch die Exzellenzinitiative, zu neuen Konflikten.

In dieser Situation hat die Senatsverwaltung den Entwurf für BerlHG-Änderungen vorgelegt. Dass dieser nicht von den Koalitionsfraktionen eingebracht wurde, überrascht nicht mehr. SPD und Die Linke sind offenbar nicht in der Lage, sich in diesem Politikfeld auf gemeinsame Positionen zu verständigen.

Vorab ist festzustellen, dass mit dem Gesetzentwurf erneut die Chance vertan wird, den seit 13 Jahren bestehenden Zustand der »Erprobung« von mehr als 70 Paragraphen zu beenden. Die Änderungen in Paragraphen, die zur Erprobung freigegeben sind, können damit durch die Hochschulen wieder ausgehebelt werden. Daher sollte der Umfang der zur Erprobung freigegebenen Regelungen min-

destens deutlich eingeschränkt werden. Vor allem bei den Kuratorien und den Selbstverwaltungsgremien ist es höchste Zeit, dass es wieder einen einheitlichen, für alle verbindlichen Rechtsrahmen gibt.

Zu den verpassten Chancen gehört auch, dass im satzungsgebenden Gremium weiter die ProfessorInnen das Sagen haben sollen. Da die Satzung eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der Hochschulen spielt, ist die viertelparitätische Zusammensetzung und damit die gleichberechtigte Beteiligung aller Gruppen für die Akzeptanz und Umsetzung der Entscheidungen von großer Bedeutung.

Der Gesetzentwurf überträgt den Hochschulen zahlreiche zusätzliche Aufgaben,



ohne dass sie dafür die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen erhalten oder an anderer Stelle Aufgaben wegfallen. Das wird zu einer weiteren Mehrbelastung der Beschäftigten führen und Kapazitäten aus Lehre und Forschung abziehen.

Erfreulich, aber auch längst überfällig ist, dass der Lehre mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet wird. Die im Ergebnis der Bildungsstreiks geänderten KMK-Vorgaben für die neuen Studiengänge werden im Wesentlichen in das Berliner Hochschulgesetz übernommen. Dazu gehören eine Reihe von Regelungen zur Verbesserung der Studienbedingungen. Dabei gibt es noch Defizite.



Keine Baustelle, sondern ziemlich neu: Alice-Salomon-Hochschule in Hellersdorf.

FOTO: NICO SCHMIDT

So muss die bisherige gesetzliche Vorgabe erhalten bleiben, wonach die Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen höchstens zwei Drittel der zu belegenden Lehrveranstaltungen umfassen dürfen. Die übrige Zeit muss den Studierenden zur freien Gestaltung ihres Studiums zur Verfügung stehen.

Der Senat will weiter am jetzigen System der Akkreditierung der Studiengänge festhalten, obwohl dieses bundesweit heftig kritisiert wird. Die jetzige Akkreditierung ist kein geeignetes Modell für die kontinuierliche Qualitätssicherung des Studienangebots. Sie ist nicht nur mit immensen Kosten für die Hochschulen verbunden, die für die Kernaufgaben in Lehre und Forschung fehlen, sondern hat sich zunehmend zu einem Expertennetzwerk ohne demokratische Legitimation entwickelt. Die Qualitätssicherung muss durch hochschulinterne Sicherungssysteme auf Grundlage der gesetzlichen Bewertungsmaßstäbe erfolgen. Die Verantwortung muss bei der Staatsseite liegen und sollte nicht länger auf »unabhängige« Agenturen abgewälzt werden.

Mit dem Gesetzentwurf wird auch die KMK-Vereinbarung zur weiteren Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte umgesetzt, was die GEW ausdrücklich begrüßt.

Im Bereich der Personalstruktur der Hochschulen wird nicht nur eine Chance vertan, sondern es werden neue Konflikte provoziert. Die Einführung von Personalkategorien mit dem Schwerpunkt Lehre werden zu einem weiteren Abbau von Qualifizierungsstellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen führen, die Trennung von Forschung und Lehre vorantreiben und faktisch durch die Hochschulen kaum genutzt werden. In der jetzigen Personalstruktur gibt es bereits wissenschaftliche MitarbeiterInnen mit dem Schwerpunkt Lehre, die »Lehrkräfte für besondere Aufgaben«. Diese Personalkategorie wird durch die Hochschulen kaum genutzt; nur 1,7 Prozent des gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals sind Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Solange

Lehrbeauftragte unvergleichlich billig und rechtlich risikolos zur Sicherung der Lehre eingesetzt werden können, werden auch solche neuen hauptberuflichen Personalkategorien leer laufen. Als Alternative schlägt die GEW BERLIN stattdessen eine komplette Neufassung der Regelungen des §110 (wissenschaftliche MitarbeiterInnen) vor mit dem Ziel, die Qualifizierungsbedingungen zu verbessern und dauerhafte berufliche Perspektiven zu bieten. In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die Gruppe der DoktorandInnen unabhängig von der Finanzierungsform einheitlich der Statusgruppe der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen zugeordnet wird.

Bei den Lehrbeauftragten bleibt der Gesetzentwurf weit hinter den Erwartungen zurück. Nur zwei positive Veränderungen sind geplant. Lehrbeauftragte sollen endlich auch an den Universitäten Hochschulmitglieder werden, wozu aber das passive Wahlrecht gehören muss. Außerdem sollen Lehraufträge gleich für zwei Semester vergeben werden können. Eine grundlegende Reform des Lehrauftragswesens mit dem Ziel einer deutlich bes-

seren rechtlichen und sozialen Stellung freiberuflich tätiger Lehrkräfte, wie von der GEW BERLIN und unserer AG Lehrbeauftragte gefordert, steht aus.

In Übereinstimmung mit den Personalräten der studentischen Beschäftigten der Berliner Hochschulen fordern wir mit Nachdruck, die Regelbeschäftigungsdauer von vier Semestern für studentische Beschäftigte zu erhalten und haben einen abgestimmten Änderungsvorschlag zu §121 BerlHG vorgelegt.

Insgesamt macht der Entwurf einen zwiespältigen Eindruck. Einige notwendige Anpassungen werden zwar vorgenommen, ein Gesamtblick auf das System Hochschule fehlt aber. Vor allem im Personalbereich ist kein Fortschritt erkennbar. Jetzt heißt es, sich einzumischen in die Diskussionen zum Gesetzentwurf. Gute Argumente haben wir. ■

Die komplette Stellungnahme der GEW BERLIN ist abrufbar unter <http://www.gew-berlin.de/11436.htm>

**»Insgesamt macht der Entwurf einen zwiespältigen Eindruck. Einige notwendige Anpassungen werden zwar vorgenommen, ein Gesamtblick auf das System Hochschule fehlt aber.«**



**Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:**

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

CD-Version

Online-Version

ausgedrucktes Handbuch (+ 7,-)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro \_\_\_\_\_ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

# Schrittweise Angleichung

Was den Beschäftigten der neue Tarifvertrag bringt

von Udo Mertens, Mitglied der Tarifkommission und Hauptpersonalrat

Nach einer außerordentlich schwierigen Tarifaueinandersetzung wurde im Februar 2010 ein Eckpunktepapier zwischen dem Senat von Berlin und den Gewerkschaften (GEW, GdP, IG BAU und ver.di) ausgehandelt. Nachdem dieses den Gewerkschaftsmitgliedern zur Abstimmung vorgelegt und deren Zustimmung erhalten hatte, dachten alle, dass nun zügig auf dieser Grundlage ein Tarifvertrag ausgehandelt sei. Ursprünglich für den 1. April vorgesehen, tritt der neue Tarifvertrag, der den Namen Angleichungstarifvertrag trägt, nun zum 1. November 2010 in Kraft. Basis dieses Tarifvertrages ist der TV-L (Tarifvertrag der Länder) und dessen Überleitungstarifvertrag. Mit dem neuen Tarifwerk wird das Tarifrecht des Landes Berlin schrittweise an den TV-L angeglichen (daher auch Angleichungstarifvertrag).



Der TV-L ist völlig anders konzipiert als der BAT. So richtet sich das Entgelt nicht mehr nach Familienstand, Kinderzahl und Lebensalter, sondern im Wesentlichen nach der Berufserfahrung. Darüber hinaus

gibt es keine Bewährungsaufstiege mehr. Der TV-L weist 15 Entgeltgruppen mit jeweils 5 bzw. 6 Erfahrungsstufen aus. Leider fehlt noch das Herzstück des Tarifvertrags: die Entgeltordnung. Zurzeit finden Verhandlungen mit der TdL (Tarifgemeinschaft der Länder) über eine neue Entgeltordnung statt, in der geregelt sein wird, welche Qualifikationen welcher Entgeltgruppe zugeordnet sind. Hier geht es für die GEW darum, den Wegfall der Bewährungsaufstiege zu kompensieren und endlich die Abnabelung der Eingruppierungsregelungen der Lehrkräfte vom Beamtenrecht zu erreichen.

## Was ändert sich, was bleibt gleich?

Alle am 31. Oktober 2010 Beschäftigten werden in das neue Tarifrecht übergeleitet. Dabei bleiben die Besitzstände gewahrt. An der Höhe des Gehaltes ändert sich nichts. In einigen wenigen Fällen kann es zu Verschiebungen im Familieneinkommen kommen. Vergütungsgruppenzulagen und der alte Ortszuschlag Kinder werden als Besitzstand weitergezahlt. Ausstehende Bewährungsaufstiege können auch im TV-L noch absolviert, die aus dem Anwendungstarifvertrag angesammelten Zeitguthaben wie bisher genommen werden.

Die Gehälter, die in Berlin zurzeit rund 6 Prozent unter dem Niveau der TdL liegen, werden schrittweise angehoben. Zum 1. August 2011 werden die Gehälter um rund 3,1 Prozent erhöht. Die nächste Erhöhung folgt zwei Monate später, dann wird die Tarifierhöhung der TdL aus 2011 auch in Berlin wirksam. 2012 und 2013 werden die Tarifiergebnisse der TdL zeitversetzt, danach zeitgleich übertragen. Die Lücke zum Niveau der anderen Län-

der wird ab 2013 um mindestens 0,5 Prozent jährlich abgebaut, sodass spätestens 2017 die Lücke geschlossen ist. Unabhängig von der Höhe der Tarifierhöhung in den Jahren 2013 bis 2015 der TdL ist in Berlin eine Steigerung um 2 Prozent pro Jahr garantiert. Je nach Tarifiergebnis in den Ländern ist die Lücke also früher geschlossen.

- **Arbeitszeit:** Ab dem 1. August 2011 gibt es eine einheitliche Arbeitszeit von 39 Stunden.

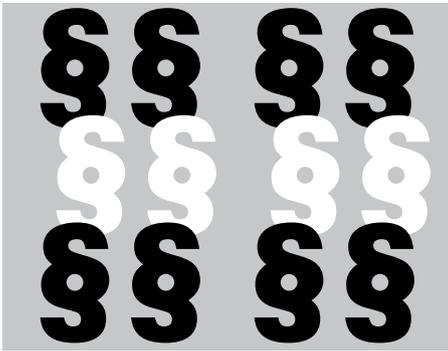
- **Jahressonderzahlung:** Alle zum 1. November 2010 aus dem alten Tarifrecht Übergeleiteten erhalten Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld im Jahr 2010 wie bisher. Das gilt auch für die Beschäftigten, denen das Urlaubsgeld bisher vorenthalten wurde. Ab 2011 werden diese Zahlungen durch eine Jahressonderzahlung ersetzt (gilt für Lehrkräfte schon 2010). Die Höhe ist gestaffelt und beträgt für die Entgeltgruppen 1-8 95 Prozent die Entgeltgruppen 9-11 80 Prozent die Entgeltgruppen 12 und 13 50 Prozent die Entgeltgruppen 14 und 15 35 Prozent des Durchschnittsentgelts der Monate Juli/August/September.

- **Angleichung Ost West:** Ab dem 1. August 2011 gilt in Berlin ein einheitliches Tarifrecht in Ost und West.

Der wichtigste Erfolg der Tarifaueinandersetzung ist, dass das Land Berlin beabsichtigt, bis zum 31. Dezember 2011 wieder Mitglied der TdL zu werden. Damit wird der tarifpolitische Irrweg beendet und die Anbindung an die anderen Bundesländer wiederhergestellt. Die neuen Entgelttabellen, die Broschüre zur Überleitung und mehr gibt es in der Geschäftsstelle oder unter [www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de). Neugierige finden hier auch den kompletten Tarifvertrag. ■



FOTO: KAY HERSCHELMANN



## BÜCHER ALS ARBEITSMITTEL

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat entschieden, dass Aufwendungen einer Lehrkraft für Bücher und Zeitschriften als Werbungskosten abgezogen werden können, wenn die Literatur unmittelbar zur Erledigung der dienstlichen Aufgaben dient und oder zumindest weitaus überwiegend beruflich verwendet wird (BFH VI R 53/09). Eine Lehrkraft hatte in seiner Einkommensteuererklärung zunächst erfolglos Aufwendungen für Bücher und Zeitschriften geltend gemacht. Auf den Einspruch hin ließ das Finanzamt dann pauschal 50 Prozent der Ausgaben zum Werbungskostenabzug zu. Die dann auf die Anerkennung sämtlicher Kosten gerichtete Klage wurde vom Finanzgericht zunächst abgewiesen: Der Kläger habe es versäumt, für jedes einzelne Buch konkret darzulegen, welchen Eingang es in den Unterricht gefunden hat. Der BHF erklärte dagegen, dass

auch der Gebrauch der Literatur zur Unterrichtsvor- und -nachbereitung oder die Anschaffung von Büchern und Zeitschriften für eine Unterrichtseinheit, die nicht abgehalten worden ist, eine ausschließliche oder zumindest weitaus überwiegende berufliche Nutzung und damit den Werbungskostenabzug begründen könne. Der BFH hat die Sache an das Finanzgericht zurückverwiesen.

## BELEIDIGUNG VON LEHRKRÄFTEN –

### DIENSTHERR ERSTATTET ANZEIGE

In der Berichterstattung über Mobbing an Berliner Schulen wurde mehrmals erwähnt, dass auch Lehrkräfte von Diskriminierungen durch SchülerInnen betroffen waren. Die Landesrechtsschutzstelle der GEW BERLIN empfiehlt, dass in Fällen von Beleidigung (§ 185 StGB), übler Nachrede (§ 186 StGB), Verleumdung (§ 187 StGB) oder gar Körperverletzung (§ 223 StGB) die betroffene Lehrkraft dies beim Dienstherrn (Schulrat) meldet und verlangt, dass Strafanzeige erstattet wird. Wenn die Tat gegen einen Amtsträger im Zusammenhang oder in Ausübung des Dienstes begangen wurde, dann ist die Schule nicht nur verpflichtet, erzieherische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen nach §§ 62, 63 SchulG zu ergreifen. Vielmehr muss der Dienstherr (Land Berlin, SenBWF, informiert von Schulleitung, Schulrat oder der betroffenen Lehrkraft) Strafanzeige bei der Polizei stellen.

Dies ergibt sich aus dem Legalitätsprinzip (wer von einer Straftat erfährt, muss die Polizei einschalten), aber insbesondere aus der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen MitarbeiterInnen (§ 45 Beamtenstatusgesetz). Es ist zu beachten, dass eine Tat nur dann verfolgt wird, wenn diese innerhalb von drei Monaten angezeigt wird. Betroffene können sich für eine Beratung auch an die Landesrechtsschutzstelle wenden. *Detlef Mücke*

## ABSETZBARES ARBEITSZIMMER

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 06. Juli 2010 – 2 BVL 13/09 – entschieden, dass die seit 2007 geltende Neuregelung zur Abziehbarkeit der Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes nicht vereinbar ist. Der Gesetzgeber musste deshalb rückwirkend zum 1. Januar 2007 eine Neuregelung finden. Dies ist mit dem Jahressteuergesetz Ende Oktober 2009 geschehen. Bis zu einer Obergrenze von 1.250 Euro pro Jahr können Lehrkräfte künftig ihr häusliches Arbeitszimmer von der Steuer absetzen. Die Kosten wie Miete, Strom und Heizung des Arbeitszimmers können rückwirkend zum 1. Januar 2007 geltend gemacht werden. Für die Betroffenen besteht kein Handlungsbedarf, auch wenn die Finanzämter bislang durchaus unterschiedlich reagiert haben. ■

ANZEIGE



## Bett zum Träumen

► Bett Beluga von Dormiente

Entdecken Sie die Welt der intelligenten Massivholzmöbel.

  
**TROLLHUS**  
NATÜRLICH SCHÖN WOHNEN

Kant/Ecke Umlandstraße im stilwerk · 10623 Berlin  
Telefon: 030-315 15 460 · Telefax: 030-315 15 465



## BESSER VERSTEHEN, WIE MAN

### SCHNELLER LIEST

«Lebenslanges Lernen» ist heute eine Forderung, der sich keine entziehen kann. Seltsamerweise bezieht kaum jemand dies aufs Lesen. Die meisten wissen, wie schnell sie einmal auf 100 Metern gelaufen sind, wie schnell sie lesen, wissen die wenigsten. »Einmal erlernt, das reicht,« denken sich viele und kämpfen allein gegen die alltäglichen Probleme des Informationsüberflusses, der in gedruckter Form oder im Netz auf sie einstürzt. Sie versuchen mit diversen Herangehensweisen der Informationssichtung und -erfassung der Situation gerecht zu werden und das trotz häufig auftretender Konzentrationschwierigkeiten. Wo liegt der Fehler und wie kann abgeholfen werden? Beim Thema Lesekompetenz wird in der Regel nur der intellektuelle Part, das Textverständnis, betrachtet. Das gilt auch für die PISA-Studien.

Das Buch von Wolfgang Schmitz, Friedrich Hasse und Britta Sösemann nähert sich den Problemen aus einem anderen Blickwinkel. Die AutorInnen rücken die Lesetechniken ins Zentrum. Was unterscheidet gutes, schnelles von schlechtem Lesen? Schnelle LeserInnen bereiten das Lesen eines Textes vor, erfassen mit einem Blick mehrere Worte, springen beim Lesen nicht ständig vor und zurück, benutzen die Aufnahmefähigkeiten ihres Gehirns umfassender und gezielter. Denn, so die These, langsames Lesen lässt uns abschweifen und

eigenen Gedanken nachhängen, lesen wir schnell, ist kein Platz für anderes. Dieser Annahme folgt das Konzept von Improved Reading, auf welches das Buch aufgebaut ist. Grundlage ist die Erkenntnis, dass man sein Leseverhalten nicht allein durch Einsichten verändert, sondern nur durch Übung. Deswegen verbindet das Buch auf geschickte Weise Theorie und Praxis, das Symbol für die jeweilige Schnittstelle sind zwei ineinander greifende Zahnräder.

Wer sich informieren will, wie Lesen funktioniert und wie es leichter, schneller und besser funktionieren könnte, erhält in der ersten Hälfte des Buches die theoretischen Grundlagen, die methodisch aufbereitet, verständlich formuliert und anschaulich dargestellt werden. Der zweite Teil des Buches enthält Übungen, die systematisch angewendet zur Leseverbesserung beitragen.

Das Konzept lässt sich in Gruppen anwenden, zumal das Lernen in der Gruppe mehr Spass macht. Das Buch richtet sich unter anderem gezielt an SchülerInnen der Sekundarstufe II und StudentInnen. Lehrkräfte können die Übungen im Unterricht der SEK II einsetzen und wer will, kann neben der Lektüre und dem Selbstversuch hierzu ein gesondertes Seminar besuchen. *Sigrid Baumgardt*

## ZWEI LEHRKRÄFTE LÖCKEN WIDER DEN ZENSURENSTACHEL

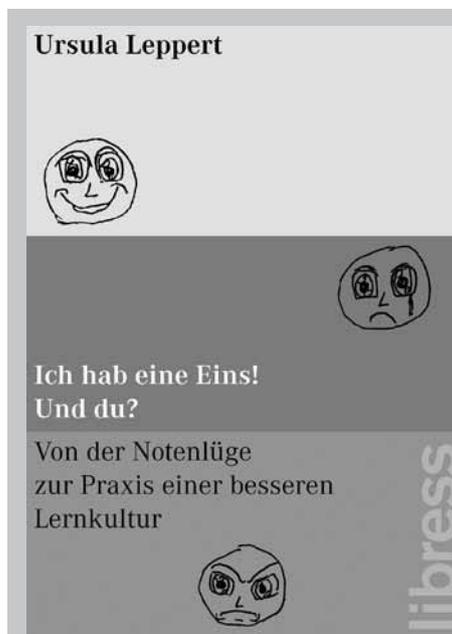
Zwei aktuelle Bücher zur Notenproblematik gehen die Thematik sehr unterschiedlich an. Ursula Leppert war Lehrerin an einem bayrischen Gymnasium und liefert zur »Notenlüge« eine fundierte Untersuchung unter dem Titel »Ich habe eine Eins! Und du?«. Sabine Czerny ist Lehrerin in Bayern und bei der Schulverwaltung in Ungnade gefallen, weil sie nach deren Auffassung zu gute Noten gab. Noch schlimmer: Ihre Schülerinnen und Schüler brachten im Vergleich zu Parallelklassen zu gute Leistungen, was der Gaußschen Normalverteilung widersprach. Ihr Buch mit dem Titel »Was wir unseren Kindern in der Schule antun ... und wie wir das ändern können« kann als eine Art Generalabrechnung mit dem in allen Bundesländern praktizierten System der Leistungsbewertung von Schülerinnen und Schü-

lern durch Ziffernnoten und mit einer bornierten Schulverwaltung verstanden werden. Neben einer Schilderung ihrer Unterrichtserfahrungen an bayrischen Grundschulen spielen die Hintergründe von Zensuren und ihre selektive Wirkung eine wesentliche Rolle. Czerny's zentrale Aussage heißt »Es gibt keine dummen Kinder. Aber es gibt eine Leistungsbeurteilung, die uns das glauben lässt.«

Wer in seinem Buch im Untertitel von der Notenlüge schreibt muss dies auch begründen und belegen können. Ursula Leppert tut dies gründlich und sorgfältig und belegt mit zahlreichen Quellen was Ziffernnoten in der Schule so fragwürdig macht. Wer behauptet, dass »wir unseren Kindern in der Schule etwas antun« muss dies ebenfalls belegen und darüber hinaus konkrete Aussagen über mögliche Veränderungen machen. Bei Sabine Czerny tun die Noten unseren Kindern etwas an. Sie geht dabei von ihren Erfahrungen an bayrischen Schulen aus. Sie analysiert das System der Noten aber auch das System Schule engagiert und gründlich und ihre Änderungsvorschläge sind keine Utopie.

Zensuren »machen« ist für Lehrkräfte keine beliebte Tätigkeit. Ursula Leppert listet bis zu 2600 Einzelnoten auf, die Lehrkräfte im Laufe eines Schuljahres geben müssen. Unabhängig von der individuellen Einstellung zum Problemfeld »Noten« sind sie aber staatlich verordnet. »Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler werden durch Noten, Punkte oder schriftliche Informationen zur Lern- und Leistungsentwicklung beurteilt. Soweit Leistungen der Schülerinnen oder Schüler durch Noten bewertet werden, ist die nachstehende Skala anzuwenden«, heißt es im § 58 (3) des Berliner Schulgesetzes. Gleichlautende Formulierungen finden sich in den Schulgesetzen aller Bundesländer. Die Definition von Noten entspricht einer Übereinkunft der Kultusminister. Ziffernoten »sind die quantifizierende Reduktion einer Leistungsbewertung am Ende eines Beurteilungsprozesses auf eine Zahl«, definiert Margret Kraul 1996.

Ein historischer Exkurs von Leppert zeigt die Entstehung der Noten. Danach waren Noten erst erforderlich, als die bildungsprivilegierten Bevölkerungsschichten (Adel und Klerus) als Nachwuchslieferanten für die Universitäten nicht mehr ausreichten. Nicht mehr der Stand, sondern die Leistung sollte Auswahlkriterium für die Zulassung zum Studium sein.



1847 wurde in Deutschland das Abitur eingeführt. Noten sind seitdem das entscheidende Auswahl- oder Selektionskriterium. Nicht (nur) Stand und Herkunft sollten über die Zulassung zum Universitätsstudium entscheiden, sondern ein Reifezeugnis mit Noten. Aber sind Ziffernnoten ein geeignetes Instrument zur Leistungsmessung?

Für Leppert aber auch für Czerny müssten Ziffernnoten als »Maßeinheit zur Messung geistiger Leistungen« bestimmten Messkriterien genügen. Als Kriterien dienen Objektivität, Validität, Reliabilität (Leppert) oder, zusätzlich bei Czerny, Verlässlichkeit, Vergleichbarkeit und Fairness. Bei allen Kriterien genügen Ziffernnoten den Ansprüchen nicht. Dies belegen beide Autorinnen durch anerkannte wissenschaftliche Studien. Leppert zitiert eine Untersuchung von Ziegenpeck, der einen Aufsatz von 42 FachlehrerInnen zensurierte ließ. Das Beurteilungsspektrum umfasste alle Ziffernnoten von 1 bis 6. Czerny beruft sich auf Sacher (1992), der selbst bei Mathematikarbeiten »erhebliche Divergenzen zwischen den Beurteilungen verschiedener Lehrer« (bei derselben Arbeit) fand. Und beide Autorinnen weisen auf die zahlreichen subjektiven Einflüsse bei der Notengebung hin: Tageszeit und Tagesform der beurteilenden Lehrkraft spielen dabei ebenso eine Rolle wie der Name und die soziale Herkunft des Beurteilten, seine äußere Erscheinung oder welche Arbeit gerade zuvor korrigiert/beurteilt wurde.

Leppert interviewt SchülerInnen, Eltern, Lehrkräfte und SchulleiterInnen zur Frage der Benotung und sie zitiert die Wissen-

schaft. Fazit: Objektive Ziffernnoten gibt es nicht. Subjektive Kriterien bestimmen in hohem Maße die Notengebung, aber SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte haben sich mit dem System irgendwie eingerichtet. In fiktiven Briefen an die »Lernenden«, an LehrerInnen und Eltern stellt Leppert kritische Fragen, provoziert die Lehrenden: »Sie sagen, Sie brauchen die Noten? Es ist wert, darüber nachzudenken, was Sie da brauchen. Sie sagen, die Schüler lernen nicht ohne Noten? Glauben Sie das wirklich?« Im letzten Kapitel »Was tun?« gibt sie Beispiele für Veränderungen. Auch bei diesen Vorschlägen provoziert sie. Das wesentlich durch Noten bestimmte Selektionsprinzip der deutschen Schule verändern heißt, »alle Tätigkeiten, die der Prüfung, Benotung, Aussonderung und der Dokumentation dienen, zu boykottieren, zu umschiffen, auf ein Minimum zu reduzieren. Der Regelbruch ist die eigentliche innovative Tat«. Sie beruft sich dabei auf den Bildungsjournalisten Christian Füller, der belegt hat, dass alle erfolgreichen Schulen in Deutschland ihren Erfolg nicht unwesentlich dem Regelbruch verdanken (Füller: *Schlaue Kinder, schlechte Schulen*, blz 9/2008).

Sabine Czerny beschreibt detailliert die Genese ihrer Konflikte mit der bayrischen Schulverwaltung, die sich wesentlich an den Leistungen ihrer Schülerinnen und Schüler und damit an den Noten entzündeten. Es konnte (durfte) nicht sein, dass eine Schulklasse in einer Mathematikarbeit einen Zensuredurchschnitt von 1,8 erzielt: »Frau Czerny, auch in Ihrer Klasse muss es Vierer, Fünfer und Sechser geben.« Nach einem Notendurchschnitt von 1,6 bei den Ergebnissen einer Heimat- und Sachunterrichtsprobe kam es zum Eklat. Ihr wurde vorgeworfen, die SchülerInnen speziell für die Klassenarbeiten präpariert zu haben, damit sie gute Noten schreiben. »Es gäbe einfach dumme Kinder«, war die unglaubliche Begründung. Da Czerny »uneinsichtig« war, wurde sie an eine andere Schule versetzt.

Czerny bleibt bei der Beschreibung ihrer Erfahrungen nicht stehen. Jedem Erfahrungsbericht folgt ein Informationskapitel, in dem mit Quellen gründlich belegt wird, wie durch Ziffernnoten Selektion gefördert oder ADS/ADHS »diagnostiziert« wird.

Sabine Czerny macht realistische Vorschläge zur Veränderung von erstarrten Schulstrukturen und legt dabei natürlich



den Schwerpunkt auf Leistungsbewertung. Sie will nicht generell auf Bewertungen verzichten, möchte diese aber auf »objektiv abfragbare Inhalte und Fertigkeiten« beschränken und will vor allem den Zeitpunkt der Bewertung offen lassen. »Wichtig ist nicht, wann die Leistung erbracht wurde, sondern dass sie erbracht wurde«. Alle anderen, nicht objektiv messbaren Leistungen sollten über individuelle Rückmeldungen erfolgen. Czerny sieht, dass auch diese Rückmeldungen subjektiv sind, ihren lernförderlichen Wert aber durch die Kommunikation und Reflektion zwischen Lehrkraft und Schüler erhalten. Czernys Buch schließt mit einem leidenschaftlichen Plädoyer für eine veränderte Schule durch Engagement aller Beteiligten.

Beide Bücher können gerade Berliner Lehrkräften in einer Phase äußerer Schulreformen nur ans Herz gelegt werden, denn der äußeren, formalen Veränderung der Berliner Schule muss die inhaltliche Veränderung folgen.

Manfred Triebe

*Ursula Leppert: Ich hab eine Eins! Und du? - Von der Notenlüge zur Praxis einer besseren Lernkultur, Uni-Online Press 2010; 14,95 Euro*

*Sabine Czerny: Was wir unseren Kindern in der Schule antun ... und wie wir das ändern können, Südwest Verlag 2010*



Starke emotionale Qualitäten bescheinigt unser Rezensent dem neuen Theaterstück »Konferenz der Tiere« nach Erich Kästners Roman. In dieser Szene brechen Känguru Jumpy, Regenwurm Sushido, Eule Lala, Giraffe Leopatra, Elefant Oskar, Stinktier Skunky, Eisbär Paul und Löwe Alois voll Zuversicht zur Konferenz auf.

FOTO: JÖRG METZNER

## AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Zwei spannende Aufführungen für Jüngere, die zugleich wichtigen Diskussionsstoff bieten. Kästners Roman »Konferenz der Tiere« von 1949 ist – leider – immer noch mehr als aktuell; **Atze** gelingt eine überzeugende Dramatisierung und Inszenierung des witzig-wirkungsvollen Textes. Einfach und direkt, fast plakativ wird das Problem »Zerstörung der Umwelt« umrissen: Die Tiere haben kein Wasser mehr, sie wollen sich und die Kinder retten; mit den Menschen aber, den erwachsenen Machthabern, ist nicht zu reden. Weil die Tiere es trotzdem immer wieder versuchen, ihr Ziel nicht aus dem Auge verlieren, Mut und Geduld aufbringen, ihren Einfallsreichtum einsetzen und schließlich doch Erfolg haben, macht das Stück nicht nur das Grundproblem wichtig, sondern entfaltet, getragen von Musik, mit Witz und Spannung starke emotionale Qualitäten: Hoffentlich schaffen die Tiere es! So ganz nebenbei gibt es auch einen kritisch-drastischen

Einblick in die Medienwelt, wenn die Vorgänge der Bühne von den »offiziellen« Fernsehsprechern reformulierend verfälscht werden. Die Besucher sind vom Thema angesprochen; die Schule erhält gute Chancen, inhaltlich nachzuarbeiten – und zugleich wirkt die Ermutigung: Es lohnt, sich anzustrengen und es immer wieder zu versuchen (ab 7, durchaus auch für Ältere!).

Auch bei **Grips** ein aktueller Problemaufriss: eine alleinerziehende Mutter, zwei Kinder, kaum Geld; die elfjährige Jule schwänzt die Schule, weil sie nicht »mithalten« kann; ihr Bruder, 15 oder 16 Jahre alt, ein Jugendlicher also, sieht für sich keine Perspektiven: »Ohne Moos nix los« – er verschafft sich das nötige Geld eben auf »andere« Weise. Jule, dem quirlig-fantasievollen Mädchen, gelingt es jedoch, aus Scham und Einsamkeit auszubrechen, einen Freund zu gewinnen, den Bruder mitzuziehen und nach spannenden, sich immer mehr

steigernden Verwicklungen zu einem »happy end«, einer »heilen« Familie zu kommen. Witz und Spannung pur. Für die Schule wiederum eine vorzügliche Gelegenheit, nach einer intensiven Theatererfahrung Probleme von Armut und Reichtum, von Kommunikation und Einsamkeit, von Isolation und Gemeinschaft, von Kinderarmut und Familienkonstellation zu vertiefen (ab 9 – wiederum auch für Ältere!).

Brechts »Lehrstücke« sind in der (Theater-)Pädagogik berühmt und werden dort viel diskutiert; auf dem »großen« Theater sind sie so gut wie unbekannt. Eigentlich also verdienstvoll und interessant, wenn jetzt die **Volksbühne** diese Texte inszeniert. Das Ergebnis ist freilich enttäuschend: im »Jasager/Neinsager« gibt es zwei szenische Ereignisse (High Heels bleiben im Bühnenboden stecken; ein Gartenstuhl kracht unter einem Schauspieler zusammen), dazu viel unnötiges Gerenne und Geschrei, akroba-

tische Hinfall-Exerzitien und nur ein paar verständliche spannende Sätze. Wer die Texte nicht kennt, wird, denke ich, nicht einmal die Story verstehen. – Im »Lehrstück« sind die Zuschauer, eingesperrt in einer Zeltkonstruktion, mit schlechter Sicht der in der Nähe überlauten Musik ausgeliefert – die Texte werden gut lesbar auf Tafeln projiziert; freilich werden auch hier Geschehen und Aussage kaum klar. Fazit: Wer Brechts Lehrstücke nicht kennt, wird sie hier nicht kennen, schon gar nicht verstehen lernen. – Positiv immerhin: Die höchst selten gespielte Musik von Eisler bzw. von Hindemith wird kompetent realisiert.

Hans-Wolfgang Nickel

## THEATER

### Flamenco trifft Schiller

Im Spiegelsalon in Charlottenburg präsentieren Uwe Neumann und Georg Kempa (Gitarre) Schillers Balladen auf neue Art: Zum furiosen Vortrag Neumanns spielt Kempa melancholisch-dramatische und feurige Flamenco-Soli. Schon der Anfang mit »Der Taucher« ist beeindruckend. Jeder kennt »...und es waltet und siedet und brauset und zischt...«, aber so lebhaft und eindringlich bekommen wir es doch nie zu hören. In »Der Handschuh« und »Die Bürgschaft« überträgt Neumann seine eigene Begeisterung für die Schönheit der Schillerischen Sprache aufs Publikum. Nicht nur Schillers Balladen kommen zum Vortrag, sondern auch »Die Brücke am Tay« und »Erlkönig«, auch de La Fontaine, Mörike und Heine vervollständigen das Programm. Die Rhythmen der Balladen und der Gitarrensoli harmonieren verblüffend und setzen manchen Kontrapunkt. Das Zuhören macht auf diese Art großes Vergnügen und motiviert dazu, sich die Balladen selbst noch einmal zu erlesen. Empfehlenswert für Schüler von der 5. Klasse an! Die beiden Künstler kommen in Schulen und sind buchbar unter: Uwe Neumann 0172/ 624 15 32 oder E-Mail: daugardt@web.de Die nächsten Aufführungen sind am 14./15. Januar 2011 jeweils um 19.30 Uhr bei

Miss Marple, Krimibuchhandlung, Weimarer Str. 17, 10625 Berlin, Tel. 030/ 36 41 27 24

Elisabeth Luther

**SOS for Human Rights**

Nach dem Erfolg von »Hier Gelieben!« geht es weiter: »SOS for Human Rights« heißt die neue Kampagne für Menschenrechte von Flüchtlingen und das neue mobile Theaterstück vom GRIPS-Theater dazu. Acht Bündnispartner, darunter auch die GEW, fordern zusammen: Fluchtwege freihalten! Den unerklärten Krieg gegen die Flüchtlinge beenden! Kinder- und Menschenrechte umsetzen! Das neue Stück hatte Ende November Premiere im GRIPS-Theater, wird aber auch mobil gespielt. Informationen über die Kampagne und die Spieltermine unter [www.sos-for-human-rights.eu](http://www.sos-for-human-rights.eu)

**FORTBILDUNG**

**Bühne als Spielraum: Konflikte szenisch aufarbeiten**

Der Kurs vermittelt Einblicke in die Vielfalt theaterpädagogischer Methoden zur Gewaltprävention. Grundlage sind szenische Vorlagen aus dem Spielplan von Theater Strahl, die Konflikte und Eskalations-Situationen im Umfeld von Kindern und Jugendlichen thematisieren. Es werden verschiedene Lösungsansätze spielerisch und sinnlich-kreativ erprobt und im Hinblick auf ihre Umsetzung in die konkrete Konfliktsituation reflektiert. Ein Theaterbesuch mit anschließendem Gespräch mit einem Theaterprofi rundet die Auseinandersetzung mit dem Thema ab. Der Kurs findet statt in der Theater Strahl-Probebühne, Kyffhäuser-

str. 23, Berlin-Schöneberg jeweils an einem Dienstag von 15 bis 18 Uhr am 11.1./18.1./25.1. Theaterbesuch nach Absprache. Für Lehrkräfte der Sekundarstufen unter Leitung von Ursula Jenni. Anmeldung bis zum 21. Dezember 2010: Tel. 030-6 95 9 92 22 E-Mail: [strahl@theater-strahl.de](mailto:strahl@theater-strahl.de)

**Symposium von Freinet-PädagogInnen**

»Grenzgänge« heißt ein Symposium der Freinet-PädagogInnen in Kita, Schule und Erwachsenenbildung und solchen, die es werden wollen. Mit Hospitationen (Januar – März 2011) und Abschlussstagung (8. bis 10. April 2011) in der Reinhardswaldschule bei Kassel. Weitere Informationen unter [www.freinet-koperative.de](http://www.freinet-koperative.de)

**Lehrkräfte für Humanistische Lebenskunde**

Bis zum 30. April 2011 besteht die Möglichkeit, sich für das Ergänzungsstudium Humanistische Lebenskunde am Ausbildungsinstitut für Humanistische Lebenskunde zu bewerben. Zulassungsvoraussetzung ist der Abschluss des Zweiten Staatsexamens in mindestens einem Fach oder ein als gleichwertig anerkannter anderer Abschluss. Der nächstmögliche Studienbeginn ist der 1. August 2011. Der Studiengang dauert in der Regel 4 Semesterwochenstunden; die Studiengebühr beträgt 300 Euro pro Semester. Freistellungen vom Schulunterricht erfolgen. Nach der erfolgreichen Prüfung ist die staatliche Anerkennung für ein weiteres Unterrichtsfach mit entsprechender Höherbesoldung gegeben. Bewerbungen an: Aus-



**Klinik am Leisberg**  
BADEN-BADEN

**Von hier an geht es aufwärts!**

**HOTLINE:**  
**07221/39 39 30**

Privatklinik für psychologische Medizin  
Mit Fachabteilung für **Essstörungen**

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

**Kostenübernahme:** Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK

**76530 Baden-Baden**

Gunzenbachstr. 8, Fax: 07221/39 39 350 • [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)

**IHRE ANZEIGE in der blz**

Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49

**Stimmprophylaxe für Menschen in sprechintensiven Berufen:**

Lernen Sie, wie Sie auch in schwierigen Situationen sicher und kraftvoll sprechen und dabei ökonomisch mit Ihren stimmlichen Ressourcen umgehen können.

Anmeldung und Information: [www.stimme-und-beruf.de](http://www.stimme-und-beruf.de)

**COMMUNICATION ACADEMY BERLIN Fortbildungen 2010/2011**

Interkulturelle Kompetenz erleben  
Lassen Sie Stimmen anderer zu?

- Interkulturelles Training: Grundlagen und Vertiefung
- Stimmbildung und Gesang für Sprechberufe
- Rede- und Präsentationstraining

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.  
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin  
Tel. 030-23 63 91 77  
[www.communication-academy.org](http://www.communication-academy.org)

**SUPERVISIONSGRUPPE**

FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE

INFO: **INA KAUFMANN**

DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSv)

TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL:

[KAUFMANN.INA@WEB.DE](mailto:KAUFMANN.INA@WEB.DE)



**INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE**  
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN

**Musiktherapie in der Schul-, Nachschulischen und Freizeitbetreuung und in der Musikpädagogik.**

[www.musiktherapieberlin.de](http://www.musiktherapieberlin.de)  
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80



**NaturaMed**  
Fachklinik

Psychosomatisches  
Privatkrankenhaus  
beihilfefähig

**0 75 24 - 990 - 222**  
88339 Bad Waldsee  
[naturamed.de](http://naturamed.de)

Ganzheitsmedizinische  
Ursachendiagnose

Naturamed... wir bringen Sie wieder in Schwung!

**Institut für Gruppendynamik**

**Supervisionsgruppen**

für Lehrerinnen und Lehrer  
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)  
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)  
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin  
☎ 313 28 93 e-mail: [DAPBerlin@aol.com](mailto:DAPBerlin@aol.com)

ANZEIGEN

**Für alle Fälle**

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

**Papierfassung: 57 Euro\* • CD-Rom: 47 Euro\***

Bestellung unter: [www.gew-berlin.de/18353.htm](http://www.gew-berlin.de/18353.htm)  
Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62



\*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr  
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

## 30 JAHRE BERLINER OBERSTUFENZENTREN

In einer Ausstellung in der Wandelhalle des Abgeordnetenhauses kann noch bis zum 22. Dezember eine Ausstellung über Schulprofile, Bildungskarrieren und Preisträger der Berliner Oberstufenzentren besichtigt werden. Konzipiert und organisiert hat die Ausstellung die Vereinigung der Leitungen berufsbildender Schulen in Berlin e.V. (BBB) und deren rühriger Vorsitzender Pit Rulff.

Berufliche Bildung in Berlin ist eine Tradition mit Zukunft: Seit über 30 Jahren heißt das Erfolgsrezept der vollschulischen Berufsausbildung an den OSZ: Abschluss mit Anschluss. An den Berliner Oberstufenzentren finden in einmaliger Weise vier Bildungssegmente unter einem Dach zusammen: Berufsvorbereitung, Berufsausbildung, Studienqualifizierung und Weiterbildung. Die OSZ gewährleisten die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung und die Verzahnung der Bildungsinhalte aller Schulformen der Oberstufe. Die OSZ sind schon lange und erfolgreich erprobte Gemeinschaftsschulen. Berlin hat 36 Oberstufenzentren und 18 berufliche Schulen mit derzeit rund 90.000 Auszubildenden und SchülerInnen und über 5.000 Lehrkräften und Beschäftigten.



**30 Jahre Berliner Oberstufenzentren**  
Schulprofile – Bildungskarrieren – Preisträger

Eine Ausstellung des BBB in der Wandelhalle des Abgeordnetenhauses von Berlin

25. November bis 22. Dezember 2010

Öffnungszeiten  
Mo – Fr 9:00 bis 18:00 Uhr,  
am 25.11. und am 9.12.2010 nur  
bis 12:00 Uhr

Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchnerstraße 5  
10117 Berlin  
www.parlament-berlin.de

Verkehrsverbindungen  
S 1, S 2, S 25 Anhalter Bahnhof  
DB8 Potsdamer Platz  
U2 Potsdamer Platz  
Bus M 29, M 41, M 48, 200, 347

OSZ BERLIN  
Erfolg kommt von hier  
www.oberstufenzentrum.de

BBB  
Abgeordnetenhaus BERLIN

INFORadio 93.1

bildungsinstitut für Humanistische Lebenskunde, Wallstraße 61-65, 10179 Berlin, Tel. 61 39 04 65-68, Fax: 61 39 04 52, E mail: lk-institut@hvd-berlin.de

65-68, Fax: 61 39 04 52, E mail: lk-institut@hvd-berlin.de

## MATERIALIEN

### Second-Hand-Basar für JÜL- und Freiarbeit

Diverse Materialien für D, SK & MU (Kl. 1-4), BK (Kunst- u. Handbücher Kl. 1-6), z. B. Bauernhof & orig. Montessori-Wortmaterial, Montessori-Mediathek, Bilderbücher, Arbeitshefte, Handbücher (Montessori, Grammatik etc., Auer-Verlag.), zum Teil neu bzw. sehr liebevoll hergestellt & gestaltet. 1 Regal & Schubladenschrank im dänischen Stil. Tel.: 84 18 38 28 (Friedenau)

## AKTIVITÄTEN

### EU fördert Kooperation zwischen Schulen und Nicht-regierungsorganisationen

Nachhaltigkeit, Globalisierung, Klimawandel – das sind Themen, die Einzug gefunden haben in die Berliner Schulen. Der Weg

vom Wissen zum Handeln ist aber nach wie vor weit. Das zu verändern, ist Ziel des internationalen Kooperationsprojekts »Awareness for Fairness«, das von der Europäischen Kommission gefördert wird. Das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ) entwickelt dazu Print- und Online-Materialien und bietet Lehrerfortbildungen an. In Zukunftswerkstätten können sich Schulen zu einer »Fairen Schule« weiterentwickeln. EPIZ betreut außerdem das Portal Globales Lernen in Berlin ([www.globaleslernen-berlin.de](http://www.globaleslernen-berlin.de)), auf dem sich Berliner Lehrkräfte über Angebote, Ausstellungen und Mitmachaktionen der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen informieren können. Die Kontaktstelle Umwelt und Entwicklung (KATE), ebenfalls an der Kooperation beteiligt, koordiniert die Berliner entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage, die vom 8.-12. November im FEZ stattfinden werden. Darüber hinaus unterstützt

KATE den Aufbau und die Pflege von Schulpartnerschaften mit Schulen in Mittelamerika. Die Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit (GSE) vermittelt ReferentInnen aus Ländern des Südens an Schulen, damit Kinder und Jugendliche lebensnah und spannend Neues über Lebensalltag und aktuelle Herausforderungen in Indien, Ghana oder Bolivien erfahren. Wer eine Schülerfirma mit fair gehandelten Produkten auf die Beine stellen möchte, bekommt dort Hilfestellung. Weitere Informationen auf der Webseite [www.epiz-berlin.de/?Awareness](http://www.epiz-berlin.de/?Awareness)

### Juniorenfirma BücherboXX

Die Juniorenfirma fördert die Idee der Nachhaltigkeit, indem sie alte Telefonzellen einen neuen Sinn geben: Jahrzehntlang waren sie ein Sinnbild der Kommunikation. Mit ihren Farben und Formen wurden sie Teil des kollektiven Bewusstseins. Jetzt bekommen die ausgedienten Telefonzellen eine neue Funktion: als öffentliche Bücheraustauschbörsen, die für alle jederzeit und kostenlos zugänglich sind. Die von Auszubildenden und Schülern gemanagte Juniorenfirma BücherboXX verbindet Praxis und Theorie und fördert ganzheitliches, berufsübergreifendes Lernen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung: Telefonzellen werden wiederverwertet, »gebrauchte« Bücher werden getauscht. Weitere Informationen unter [www.inbak.de](http://www.inbak.de) oder [www.wohlzeit.com](http://www.wohlzeit.com)

### Einjährige berufsbegleitende Weiterbildung in systemischer Pädagogik

Das Ausbildungsinstitut für Humanistische Lebenskunde bietet eine Weiterbildung für LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Kita-leiterInnen und FortbildnerInnen in fünf Modulen an mit folgenden Schwerpunkten: Ressourcenorientiertes Arbeiten in Gruppen/Umgang mit schwierigen Klienten/Selbstcoaching – Stress- und Konfliktbewältigung/Einführung in das kollegiale Fallgespräch (Intervision). Beginn im September 2011, Kosten 500 Euro. Bildungsurlaub kann gewährt werden. Weitere Informationen über: Humanistischer Verband Deutschlands, Ausbildungsinstitut für Humanistische Lebenskunde, Wallstr. 61-65, 10179 Berlin, Tel. 61 39 04



**WHY?**

BESUCHT DAS  
**Anti-Kriegs-Museum**  
IN BERLIN-WEDDING  
BRÜSSLER STR. 21  
(NAHE U.-BAHNHOF AMRUMER STR.)  
TEL.: 454 90 110  
GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG:  
TEL.: 402 86 91  
TÄGLICH GEÖFFNET  
von 16.00 - 20.00 UHR

*Eintritt frei*

# KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

**KLASSE REISEN** GmbH  
 Württembergallee 2 · 14052 Berlin  
 Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77  
 www.klasse-reisen.com

Katalog unter:  
 ☎ 030-303083-6

## SKILANGLAUF-GRUPPENREISE 2011

In den Winterferien – 4\*-Hotel  
 Mieminger Plateau – 151 Loipenkilometer  
 Für Einsteiger und Freizeitläufer (12 Teiln.)  
 Nordic-Walking-Lauftreff  
 Im Grunewald  
 Info: manfredgeis@arcor.de  
 Fon: 0 30 - 8 91 18 47

## Locke-Service-Büro

Baltische Länder per Rad ab 980 EUR  
 Korsika GR20 Wanderung ab 980 EUR  
 Madeira Wandern 10 Tage ab 1330 EUR  
 Gomera Wandern & Relaxen ab 1599 EUR  
 Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

## LockeToursBerlin

Bundesallee 115 Tel. (0 30) 8 52 30 30  
 12161 Berlin e-Mail: locketours@t-online.de

## GRENZENLOSREISEN

Busse für jede

Stadt- und Gruppenreisen  
 Klassenfahrten  
 Firmenservice  
 Transfers



**Grenzenlos Reisen**

Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin  
 Fon: 0 30-43 00 48 0  
 Fax: 0 30-43 00 48 79

**MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE**  
 von 8 - 74 Sitzplätzen mit  
 Aircondition, Video, Küche, WC,  
 Tel., Skikorb, Fahrradanhänger  
 Ihr Partner mit über 20 Jahren  
 Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal  
 mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

**PRIMA KLIMA REISEN**  
 www.primaklima.de  
 Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

jede Woche neue Angebote

# schulfahrt.de



## SCHULFAHRTEN 2011

Tel. 00 39/05 47/67 27 27  
 Fax 00 39/05 47/67 27 67  
 Via Bartolini, 12  
 47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de  
 24 h online buchen  
 E-Mail: Info@real-tours.de

Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 218,00 HP  
 Busfahrten zur Toskana-Küste, zum Gardasee, nach Rom, nach Sorrent,  
 nach Südtirol, nach Spanien, nach Griechenland, nach Prag, nach Paris,  
 nach London, nach München.

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2011.

Weitere Informationen auch bei:  
 R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,  
 Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

Tel. (030) 30 30 83-0

# BUSART-TOURS

Das bestgelaunte Bus- und Reisetem! GmbH

www.busart-tours.de Württembergallee 2 | 14052 Berlin  
 info@busart-tours.de Fax (030) 303083-55

## Ihre Farbanzeige in der blz

Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 125,28 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«.  
 Tel. 030 - 21 99 93 46 oder blz@gew-berlin.de

**KLINIK**

www.klinik-nikolassee.de



**NIKOLASSEE**

Akutklinik für Innere Medizin und Psychosomatik

## Wenn Ihre Seele krank wird ...

- Herzbeschwerden, hoher Blutdruck
- Depressionen, Selbstmordgedanken
- Angstgefühle, Schlaflosigkeit
- Alkohol- und Tablettenprobleme
- posttraumatische Belastungsstörung
- berufliche u. soziale Rückzugstendenzen

**24-Stunden-Akutaufnahme!**

Mit und ohne Chefarzt-Wahlleistungen, kein Einzelzimmer-Zuschlag.

☎ **030 / 803 09 10**

Von-Luck-Str. 3 · 14129 Berlin

13. DEZ.	15.00 Uhr	AG Bildungsfinanzierung	Raum 34
14. DEZ.	17.00 Uhr	AG Lehrerfortbildung	Raum 47
	16.00 Uhr	AG Gesundheitsschutz	Raum 300
15. DEZ.	10.30 Uhr	Seniorenausschuss	Raum 33
	15.00 Uhr	Junge Alte	Raum 300
	17.00 Uhr	GEW-Chor	Raum 201
	19.00 Uhr	FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit	Raum 34
	19.00 Uhr	LA Studierende	Raum 47
16. DEZ.	15.00 Uhr	LA Frauenpolitik	Raum 34
	17.00 Uhr	Abteilung Wissenschaft	Raum 33
03. JAN.	18.00 Uhr	Junge GEW	Raum 203
05. JAN.	17.00 Uhr	GEW-Chor	Raum 201
10. JAN.	18.30 Uhr	FG Sonderpädagogik	Raum 31
11. JAN.	18.00 Uhr	FG Sozialpädagogik	Raum 34
12. JAN.	17.00 Uhr	AG Frieden	Raum 47
	17.00 Uhr	GEW-Chor	Raum 201
13. JAN.	17.00 Uhr	Arbeitslosenausschuss	Raum 34

### THEMENABEND »NAHOST«

Die AG Frieden und die Jungen Alten laden ein zum Themenabend »Nahost«. **26. Januar 2011 um 19 Uhr** im Raum 31/32 GEW-Haus. Gezeigt wird der Film »Jerusalem - the East Side Story« Palästina, 2008, 56 Min., Regie: Mohammed Alatar (Deutsche Untertitel). Dieser Film des palästinensischen Regisseurs Mohammed Alatar zeigt die Geschichte Jerusalems von der britischen Mandatszeit bis heute.

### SENIOREN-TERMINE

**11. Januar 2011:** Im Alter in der gewohnten Umgebung bleiben. Informationsabend über praktische und finanzielle Wege zur Wohnungsanpassung. Um 11 Uhr in der Seniorenbegegnungsstätte Karlshorst, Hönower Str. 30.

**13. Januar 2011:** »Reiseschnäppchen aus Europa« in Elsas Wohnzimmer, Dietzenstraße 12 um 14 Uhr.

### BILD DES MONATS

